

Schweizerische Volkspartei (SVP)



Jahresbericht

2018

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort.....	3
1. Erfolgsbilanz	4
1.2 Das Jahr 2018 im Rückblick	4
2. Vorstösse aus der SVP-Fraktion.....	42
2.1 Positionspapiere der SVP	42
2.2 Vernehmlassungsantworten der SVP	42
2.3 Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen, Extrablatt ..	47
2.4 Internet.....	48
3. PARTEIORGANE	49
3.1 Delegiertenversammlung	49
3.2 Parteivorstand.....	50
3.3 Parteileitung	54
3.4 Parteileitungsausschuss.....	55
3.5 Generalsekretariat	55
3.6 Fraktion der Bundesversammlung.....	56
4. Eidgenössische Volksabstimmungen 2018.....	59
5. Die SVP in den Kantonsparlamenten	61
6. Die SVP-Kantonalsektionen online	62

VORWORT

Das vergangene Jahr stand einmal mehr im Zeichen des politischen Kampfes für unsere direkte Demokratie; für eine freie, unabhängige und souveräne Schweiz. Bereits im Januar begann die SVP zusammen mit der AUNS die Unterschriftensammlung für die Begrenzungsinitiative. Denn es zeigte sich immer deutlicher, was die konkreten Konsequenzen der dem Volkswillen und der Verfassung widersprechenden Umsetzung unserer Masseneinwanderungsinitiative sind: mehr Bürokratie für kleine und mittlere Unternehmen und trotzdem keinerlei Auswirkungen auf die Zuwanderung. Damit ist es an der Zeit, dass das Volk endlich entscheiden kann, ob es weiterhin allen EU-Bürgern einen rechtlichen Anspruch auf Einwanderung in die Schweiz geben will, oder ob die Schweiz die Zuwanderung wieder eigenständig nach unseren Bedürfnissen steuern soll. So, wie das auch alle anderen Nationen ausserhalb der EU handhaben. Ende August konnte die Initiative mit beinahe 120'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht werden. Die No-Billag-Initiative wurde vom Stimmvolk leider abgelehnt. Dies trotz anerkanntem Reformbedarf bei der Mediengesetzgebung und trotz des Bedürfnisses nach einer Senkung der Mediensteuer sowie einer Überprüfung des Auftrags der SRG. Dank heftiger Intervention der SVP konnte die beabsichtigte Unterzeichnung des UNO-Migrationspakts durch den Bundesrat ohne vorgängige Mitbestimmung durch das Parlament verhindert werden. Zudem sind derart weitreichende Beschlüsse dem Referendum zu unterstellen, damit sich auch Volk und Stände dazu äussern können. Unsere Selbstbestimmungs-Initiative wurde aufgrund der verleumderischen Gegenkampagne leider abgelehnt. Positiv ist zu bewerten, dass es dank dieser Vorlage endlich gelungen ist, eine vertiefte Diskussion zum Verhältnis von Schweizer Recht zum internationalem Recht zu führen. Durch das ganze Jahr hindurch hat uns auch der Wille einer Mehrheit des Bundesrates zum Abschluss eines Rahmenabkommens mit der EU beschäftigt. So präsentierte uns der Bundesrat anfangs Dezember ein mit der EU ausgehandeltes Abkommen, welches unser Land politisch entmachtet und in die Knechtschaft führen will. Und hier gilt es auch dieses Jahr wieder, entschlossen Widerstand zu leisten. Niemals können wir als freie Nation automatisch das Recht eines undemokratischen Gebildes wie der EU übernehmen. Es wäre das Ende unserer direkten Demokratie und damit auch eine Gefährdung der wichtigsten Säule unserer Freiheit, Unabhängigkeit und unseres Wohlstandes. In diesem Sinne wünsche ich allen Mitgliedern der SVP auch für das neue Jahr viel Kraft und Ausdauer in ihrem Einsatz für unsere wunderbare und freie Schweiz!



Emanuel Waeber
Generalsekretär

1. ERFOLGSBILANZ

1.2 Das Jahr 2018 im Rückblick

JANUAR

4. und 5. Januar: Die Parteikader der SVP Schweiz versammeln sich zu ihrer traditionellen Kadertagung in Horn (TG)

Am ersten Wochenende im Januar fand wiederum die traditionelle Kadertagung der SVP in Bad Horn am Bodensee statt. Dieses Jahr unter dem Motto «Selbstbestimmung und Freiheit erhalten». Selbstverständlich standen insbesondere das Verhältnis mit der Europäischen Union und natürlich die Selbstbestimmungsinitiative, welche dieses Jahr zur Abstimmung kommt, im Zentrum.



Die Teilnehmer lauschen gespannt den Ausführungen von Kampagnenchef und Nationalrat Thomas Matter (ZH).

Währendem SRF-Korrespondent Adrian Arnold aus Berlin ein Vortrag über die Wahlen in Europa der jüngeren Zeit hielt, trug der ehemalige SP-Bundesrichter Martin Schubarth ein Referat zu den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und deren Verhältnis zu Schweizer Recht vor.

Start der Unterschriftensammlung für die Begrenzungs-Initiative

Auszug aus der Medienkonferenz vom 16. Januar 2018



Nationalrat Thomas Matter (ZH), Nationalrätin Céline Amaudruz (GE), Parteipräsident Albert Rösti (BE), Nationalrat Lukas Reimann (SG) und Nationalrat Marco Chiesa (TI) an der Pressekonferenz.

Die AUNS beginnt mit der SVP in Bern an einer Pressekonferenz die Unterschriftensammlung für die Begrenzungs-Initiative. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sind netto bald eine Million Menschen neu in unser Land eingewandert. So wird die 10-Millionen-Schweiz bald Realität, mit dramatischen Folgen für unsere Gesellschaft. Grund dafür ist ein weltfremder Vertrag mit der EU über die Personenfreizügigkeit, welcher allen über 500 Millionen EU-Bürgern ein Recht auf Einwanderung und Niederlassung in unserem Land gibt. Es gibt keine andere unabhängige Nation auf dieser Welt, welche die Kontrolle über die Zuwanderung in diesem Ausmass aufgegeben hat. Das Stimmvolk muss jetzt korrigieren, bevor es zu spät und unser Wohlstand verloren ist.

Zurückhaltendes JA zur neuen Finanzordnung 2021

Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. Januar 2018

Der Parteivorstand der SVP Schweiz trifft sich in Genf. Er empfiehlt der Delegiertenversammlung mit 23:3 Stimmen bei 1 Enthaltung die No-Billag-Initiative, die am 4. März zur Abstimmung kommt, zur Annahme. Gleichzeitig beschliesst er mit 23:4 Stimmen die JA-Parole zur neuen Finanzordnung 2021.

JA zu freien Medien, JA zu No-Billag!

Delegiertenversammlung vom 27. Januar 2018 in Confignon (GE)



Generalsekretär Gabriel Lüchinger lässt die Delegierten in Confignon (GE) über die Parole zur No-Billag-Initiative abstimmen.

350 SVP-Delegierte aus der ganzen Schweiz versammeln sich in Confignon (GE). Diskutiert wird die Medienfreiheit, die Medienvielfalt und der Service public der SRG, worauf die Delegierten die JA Parole zur No-Billag-Initiative beschliessen.

Die Gewerkschaften sind die wahren Gewinner der Personenfreizügigkeit! Mit der Begrenzungsinitiative setzt sich die SVP für einen liberalen Arbeitsmarkt ein.

Auszug aus der Medienkonferenz vom 30. Januar 2018



Die SVP stellt an ihrer Pressekonferenz in Bern mit Fraktionspräsident Thomas Aeschi (ZG), Nationalrätin Magdalena Martullo (GR), Nationalrat Jean-François Rime (FR) und ASTAG-Vizepräsident Jean-Daniel Faucherre ihre Analyse und Massnahmen vor.

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit ist die Ausländerquote in der Schweiz von 20% auf 25% gestiegen! Ausländer haben eine doppelt so hohe Arbeitslosigkeit als Schweizer – unqualifizierte Zuwanderer aus der EU drängen Inländer in die Arbeitslosigkeit. Branchen mit hoher Zuwanderung haben die höchste Arbeitslosenquote. Im Gastgewerbe sind 11% der Ausländer, im Bau 10% der Ausländer arbeitslos! Trotzdem wandern immer mehr ein. Die Flankierenden Massnahmen führten zu einem stark regulierten und staatlich kontrollierten Arbeitsmarkt: Jeder 2. Beschäftigte in der Schweiz hat nun einen Gesamtarbeitsvertrag, jeder 3. eine Mindestlohnregelung und jeder 4. einen branchenverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag! Lachende Dritte sind die Gewerkschaften, welche die Gesamtarbeitsverträge als Macht- und Geldmaschine missbrauchen.

FEBRUAR

Bundesrat Cassis: Fakten zum Rahmenabkommen mit der EU auf den Tisch legen, dann entscheiden

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. Februar 2018

Die Fraktion der SVP widmet sich an der Fraktionssitzung in Hergiswil (NW) unter anderem dem geplanten institutionellen Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU. Die 74-köpfige Fraktion verlangt vom Bundesrat, endlich die Fakten klar auf den Tisch zu legen. Die Vernebelungstaktik und Wortkreationen rund um dieses, für die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung unseres Landes wichtigste Dossier, sind endlich zu beenden.

Im Anschluss an die Fraktionssitzung nehmen Bundesrat Ueli Maurer und zahlreiche National- und Ständeräte bei einem „SVP bi dä Leyt“ in Stans beim Winkelrieddenkmal und später am 18. SVP-Jasscup teil.



Wanderpreis des SVP-Jasscups. Erneut nehmen mehrere hundert Jasserinnen und Jasser aus der ganzen Schweiz teil. Auch zahlreiche National- und Ständeräte und sogar Bundesrat Ueli Maurer sind mit von der Partie.

MÄRZ

Der Bundesrat knickt einmal mehr vorseilend vor der EU ein

Auszug aus der Medienmitteilung vom 2. März 2018

Der Umfang der Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie, welche der Bundesrat mehrheitlich beschlossen hat, ist nichts anderes als eine weitere und unnötige Verbeugung vor Brüssel.

SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga will unser bereits heute strenges Waffenrecht völlig grundlos noch einmal in vielen Punkten verschärfen, ohne dass dies zur Umsetzung dieser Richtlinie überhaupt effektiv nötig wäre. Offensichtlich geht es einmal mehr einfach darum, den Brüsseler Funktionären zu gefallen. Dass dabei unbescholtene und anständige Bürgerinnen und Bürger unter Druck gesetzt werden ohne den geringsten Nutzen für unsere Sicherheit, scheint der Mehrheit im Bundesrat egal zu sein. Die SVP wird diese Vorlage im Parlament sehr kritisch aufnehmen und alle unnötigen Verschärfungen in unserem Waffengesetz entschieden bekämpfen. Sollte es nicht gelingen, die entsprechenden Punkte zu verbessern, werden wir die Unterstützung eines Referendums in Betracht ziehen.

AHV retten ohne unnötige und übertriebene Steuererhöhungen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 2. März 2018

Der Bundesrat hat die Eckwerte für die finanzielle Stabilisierung der AHV festgelegt. Die SVP begrüsst die Tatsache, dass der Bundesrat dabei die notwendigen Massnahmen für die erste und die zweite Säule unserer Altersvorsorge endlich nicht mehr mit einer einzigen Reform, sondern mit zwei separaten Vorlagen angehen will.

Die SVP wird im Rahmen der kommenden Vernehmlassung detailliert Stellung nehmen. Bereits jetzt ist aber klar, dass eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um sage und schreibe 1.7% sicher nicht in Frage kommt. Einerseits sind so hohe steuerliche Zusatzeinnahmen für die Sicherung der AHV gar nicht nötig und andererseits wird die SVP eine derart massive Zusatzbelastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der KMU bekämpfen.

Bundesrat will Flüchtlingen Reisen in Herkunftsland erlauben

Auszug aus der Medienmitteilung vom 2. März 2018

Bundesrätin Simonetta Sommaruga weitet einmal mehr durch die Hintertür das Asylrecht aus. Sie will die Schweiz für falsche Asylbewerber erneut ausbauen. Bestes Beispiel: Die Erweiterung der Zielgruppe für finanzielle Rückkehrhilfe und die faktische Aufhebung des Reiseverbots.

Sommaruga hintertreibt das Verbot von Reisen von Asylbewerbern ins Herkunftsland. Asylbewerber, welche sich in einem laufenden Asylverfahren in der Schweiz befinden, dürfen auf gar keinen Fall in ihr Heimatland reisen. Wer es trotzdem tut, beweist, dass er dort nicht wirklich an Leib und Leben bedroht ist. Eine Abreise aus der Schweiz ins Heimatland (auch über Umwege) muss automatisch zur sofortigen Einstellung des Asylverfahrens führen, ohne Chance auf Wiederaufnahme des Verfahrens. Reisen von anerkannten Flüchtlingen in den Herkunftsstaat sind ohne Wenn und Aber zu verbieten. Der Bundesrat hat nun beschlossen, dass bereits eine Vermutung zur Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft führen soll, höhlt dies jedoch sofort mit einer «Gummi-Regelung» im Gesetz wieder aus.

Es stellt sich aber auch die Frage, wie dieser lebensfremde, den Willen des Parlaments derart mit Füßen tretende Entscheid des Bundesrates zustande kam. Immerhin stammen die beiden Vorstösse von SVP und FDP – und diese beiden Parteien stellen zusammen 4 von 7 Bundesräten, womit sie doch eine Mehrheit hätten.



Eidgenössische Abstimmung vom 4. März

Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021

Wie zu erwarten wurde der Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021 vom Volk deutlich gutgeheissen. Die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer sind die bedeutendsten Einnahmequellen des Bundes. Das Recht des Bundes, diese Steuern zu erheben, ist bis 2020 befristet. Mit der neuen Finanzordnung 2021 wurde

dieses Recht vom Volk bis Ende 2035 verlängert.

Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)»

Wie erwartet, wurde die Volksinitiative „Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren“ von Volk und Ständen verworfen. Die Diskussionen im Abstimmungskampf zeigten indessen deutlich, dass von fast allen Seiten erheblicher Reformbedarf in Bezug auf die Mediengesetzgebung erkannt wird. Namentlich eine Senkung der Mediensteuer, aber auch eine Eingrenzung des Service-public-Auftrags der SRG standen im Zentrum der Diskussionen. Die SVP-Fraktion sprach sich bereits im Parlament für den Gegenvorschlag aus, der die Höhe der Mediensteuer auf 200 Franken senken und die Unternehmen von der Abgabepflicht befreien wollte. Für die SVP ist klar: Nun sind Taten statt Worte gefragt.

EU-Rahmenabkommen: Bundesrat will Brüssel als Gesetzgeber akzeptieren Auszug aus der Medienmitteilung vom 5. März 2018

Die kommunizierte Erweiterung des Verhandlungsmandats zum institutionellen Rahmenabkommen mit der EU bestätigt, dass der Bundesrat einen weiteren übereilten und unnötigen Schritt in die völlig falsche Richtung gehen will. Damit ist eine Mehrheit in unserer Landesregierung weiterhin bereit, Brüssel als neuen Gesetzgeber zu akzeptieren. So gibt der Bundesrat auf, was die Schweiz zur Schweiz macht: nämlich das unantastbare Recht der Bürgerinnen und Bürger, die Gesetze und Regeln in der direkten Demokratie abschliessend selber zu bestimmen.

Gesamterneuerungswahlen der Organe der SVP Schweiz Medienmitteilung vom 6. März 2018

Die Organe der SVP Schweiz werden anlässlich der Delegiertenversammlung vom 24. März in Klosters (GR) im ordentlichen, zweijährigen Turnus neu bestellt. Der Parteileitungsausschuss (PLA) hat von den Rücktritten von Christoph Blocher, Walter Frey und Oskar Freysinger aus dem Parteileitungsausschuss Kenntnis genommen. Parteipräsident Albert Rösti (BE) und Vizepräsidentin Céline Amaudruz (GE) stehen für eine Wiederwahl zur Verfügung. Als neue Vizepräsidenten schlägt der PLA folgende Personen vor: Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher (GR) und Nationalrat Marco Chiesa (TI). Des Weiteren beantragt er als zusätzliche Mitglieder des Parteileitungsausschusses Nationalrätin Sandra Sollberger, Nationalrat Adrian Amstutz, Nationalrat Marcel Dettling und Nationalrat Thomas Matter (bisher).

Schutz der Menschen in der Schweiz hat immer erste Priorität Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. März 2018

Die SVP begrüsst den Entscheid des Bundesrates, mit einem Planungsbeschluss über die nächsten 12 Jahre 8 Milliarden Franken für neue Kampfflugzeuge sowie für eine Erneuerung der bodengestützten Luftverteidigung einzusetzen. Dies immer mit dem alleinigen Ziel, die Sicherheit der Menschen in unserem Land zu gewährleisten.

Sollen künftig Richter und internationale Organisationen unsere Gesetze machen? Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. März 2018

Die SVP nimmt zur Kenntnis, dass der Ständerat die Selbstbestimmungsinitiative der SVP mit 36 zu 6 Stimmen abgelehnt und mit 27 zu 15 Stimmen auch auf einen Gegenvorschlag verzichtet hat. Das von etlichen Votanten geäußerte Misstrauen gegenüber dem Souverän ist bedenklich. Für die Mehrheit im Ständerat sollen die über 4'000 internationalen Verträge der Schweiz, ungeachtet ihrer jeweiligen inhaltlichen Bedeutung, oberste Rechtsquelle sein – und nicht mehr die bewährten direktdemokratischen Entscheide von Volk und Ständen. Nach Meinung des Ständerates soll also z.B. das Abkommen zwischen der Schweiz und Südafrika über den Austausch von Praktikanten (Stagiaires) über unserer Bundesverfassung stehen. Ein Kommentar dazu erübrigt sich.



Frühlingsession 2018 (26. Februar - 16. März)

Rückblick auf die vergangene Session aus der Sicht von Fraktionspräsident Thomas Aeschi (ZG) und Fraktions-Vizepräsidentin Céline Amaudruz (GE).

Positiv:



Kampf den Versicherungsbetrügern

Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer gesetzlichen Grundlage für die Überwachung von Versicherten zugestimmt. Diese ermöglicht es der IV und anderen Sozialversicherungen, Menschen künftig bei Verdacht auf Missbrauch an öffentlich einsehbaren Orten zu observieren und nötigenfalls mit GPS-Peilsendern zu überwachen. Die SVP war anfangs die einzige Partei, welche sich für die Missbrauchsbekämpfung im Versicherungsbereich stark machte. Heute ist das Anliegen, ausser in linken Kreisen, unbestritten.

Tätigkeitsverbot für Pädophile

Die Pädophilen-Initiative wird umgesetzt. Verurteilten Pädophilen wird in Zukunft lebenslang jede Tätigkeit mit Minderjährigen oder besonders schutzbedürftigen Personen untersagt. Abgelehnt wurde eine «Härtefallklausel» von Mitte-Links, von der viele Straftäter profitiert hätten. Einzig in besonders leichten Fällen – beispielsweise bei einer Jugendliebe – kann das Gericht auf die Anordnung eines Tätigkeitsverbots verzichten.

Leicht tiefere Ausgaben bei den Ergänzungsleistungen

Um das massive Kostenwachstum bei den Ergänzungsleistungen (seit 2000 von 2,3 auf fast 5 Milliarden Franken pro Jahr) leicht einzudämmen, hat der Nationalrat eine zehnjährige Beitragsdauer beschlossen, um Ergänzungsleistungen beziehen zu dürfen. Von dieser Massnahme sind insbesondere Asylanten betroffen. Weiter sollen Personen mit grossen Vermögen zukünftig keine Ergänzungsleistungen mehr bezie-

hen können. Gleichzeitig wurden aber auch die über die Ergänzungsleistungen vergüteten Mietzinsmaxima erhöht, weshalb die Einsparungen lediglich im tiefen dreistelligen Millionenbereich liegen. Den Plänen von SP-Bundesrat Berset, den Kapitalbezug bei der zweiten Säule einzuschränken, wurde eine Absage erteilt.

Signale zur Eindämmung des Staatswachstums

Im Nationalrat wurden zwei SVP-Fraktionsmotionen angenommen, welche eine Reduktion der Staatsquote um fünf Prozent und eine generelle Senkung der gebundenen Ausgaben verlangen. Auch SVP-Vorstösse, welche die automatischen Lohnerhöhungen der Bundesbeamten stoppen, die Beamtenlöhne jenen der Privatwirtschaft angleichen und die Entschädigungen für Nebenbeschäftigungen von Beamten strikter regeln wollen, wurden angenommen. Der Ständerat muss allen Vorstössen noch zustimmen, bevor der Bundesrat mit der Ausarbeitung der entsprechenden Gesetzesgrundlagen beauftragt wird.

Negativ:



Selbstbestimmungsinitiative: Fremde Richter über dem Schweizer Volk

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte schützt ausländische Kriminelle, Sozialversicherungsbetrüger und Hausbesetzer, statt dass diese nach Schweizer Recht bestraft würden. Mit der Selbstbestimmungsinitiative sollen Volk und Stände wieder oberster Gesetzgeber und die direkte Demokratie wiederhergestellt werden. Der Ständerat will nun aber fremde Richter anstelle des eigenen Volkes über unser Recht bestimmen lassen. Er lehnte sowohl die Selbstbestimmungsinitiative als auch einen Gegenvorschlag ab. Die SVP wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Machtanmassung der Strassburger und anderer fremder Richter unterbunden wird.

Noch mehr Gelder für die EU

Das Schengen/Dublin-Abkommen mit der EU (im Jahr 2005 mit 54.6% Ja-Stimmen gegen den Widerstand der SVP vom Volk angenommen) ist eines von zwei bilateralen Abkommen mit sogenannt „dynamischer Rechtsübernahme“. Die Schweiz ist gezwungen, jegliche EU-Rechtsweiterentwicklungen ins Schweizer Recht zu übernehmen. Obwohl weder der Schutz der Aussengrenzen (Schengen), noch die Rückschaffung illegaler Wirtschaftsmigranten (Dublin) funktioniert, fordert die EU konstant mehr Geld von der Schweiz. So hat der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP zugestimmt, dass sich die Schweiz neu auch an einem „EU- Fonds für die innere Sicherheit“ mit jährlich mehr als 20 Millionen Franken beteiligt.

Illegale Wirtschaftsmigranten sollen legal arbeiten dürfen

Sogenannt „vorläufig Aufgenommene“ sind oft illegale Wirtschaftsmigranten, die

nicht an Leib und Leben bedroht sind, welche aber vom Bundesrat aufgrund fehlender Rückübernahmeabkommen nicht in ihr Herkunftsland (insbesondere Eritrea, Somalia und Afghanistan) zurückgeschafft werden können. Die Schweiz wird für Wirtschaftsmigranten immer attraktiver, wie die massive Zunahme zeigt: Hielten sich Ende 2014 noch 28'000 Personen mit dem Status «vorläufige Aufnahme» in der Schweiz auf, sind es heute schon 42'000. Statt das Gesetz zu verschärfen und Wirtschaftsmigranten direkt an der Grenze wegzuweisen, will der Ständerat entgegen dem Willen der SVP diesen den Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt erleichtern. Die Einwanderung illegaler Migranten dürfte damit noch weiter zunehmen.

SVP-Parteivorstand beschliesst Stimmfreigabe beim Geldspielgesetz Medienmitteilung vom 23. März 2018

Die Parteigremien treffen sich in Chur und beschliessen die Parolen in Bezug auf die eidgenössische Abstimmung vom 10. Juni. Die Vollgeld-Initiative lehnen sie einstimmig ab. Nach intensiver Diskussion um die Vor- und Nachteile des neuen Geldspielgesetzes beschliesst der Parteivorstand dazu Stimmfreigabe.

Aufdecken, Anpacken und Ausmisten, damit die Schweiz Schweiz bleibt! Delegiertenversammlung vom 24. März 2018



Wie üblich wird vor Beginn einer Delegiertenversammlung der SVP Schweiz die Schweizer Nationalhymne gesungen.

Es versammeln sich mehr als 500 Schweizerinnen und Schweizer aus dem ganzen Land zur Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Klosters (GR). Es sind nur noch 575 Tage bis zu den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober 2019. Eine entscheidende Weichenstellung für unser Land. Denn der Bundesrat und die Classe politique in Bern sind daran, Brüssel als Gesetzgeber für die Schweiz zu installieren. Damit geben sie das Grundsätzlichste auf, das unsere Schweiz zur Schweiz macht. Die direkte Demokratie mit den umfassenden Volksrechten der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Wir als Souverän bestimmen an der Urne, welche Gesetze und Regeln in unserem Land gelten und nicht Brüssel. Das hat sich bewährt, das werden wir verteidigen.

SVP fordert Volksabstimmung zur Kohäsionsmilliarde

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. März 2018

Der Bundesrat beschliesst, den EU-Oststaaten ohne Gegenleistung der EU eine weitere Kohäsionsmilliarde bzw. sogar 1,3 Milliarden zu überweisen. Die SVP fordert eine referendumsfähige Gesetzesvorlage, damit das Volk über diese unnötige weitere Auslandszahlung abstimmen kann.

APRIL

Nur zögerliche Anpassungen im Strafrecht von Bundesrätin Sommaruga

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. April 2018

An einer Pressekonferenz stellt der Bundesrat die Harmonisierung des Strafrahmens vor. Dieser legt fest, welche Mindest- und Höchststrafen für welche Taten ausgesprochen werden können. Die seit 2012 von Bundesrätin Simonetta Sommaruga verschleppte Überarbeitung wurde nur auf Druck der RK-N jetzt endlich überhaupt in Angriff genommen. Bundesrätin Sommaruga wollte noch 2017 gar auf die Überarbeitung verzichten, weil diese nicht „opportun“ oder „realistisch“ sei. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Anpassungen gehen in die richtige Richtung, genügen jedoch bei Weitem nicht. Dies insbesondere bei Gewalt gegen Beamte und Polizisten, bei Sexualdelikten und bei schwerer Körperverletzung.

Bundesrat verschafft linker Sozialindustrie noch mehr Geld

Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. April 2018

Der Bundesrat beschliesst, die sogenannten Integrationspauschalen für Asylanten zu verdreifachen und zusätzliche 132 Millionen Franken pro Jahr auszugeben. Dem nicht genug: Der Bundesrat will auch die Abgeltung der Zusatzkosten für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender (sogenannter UMA) massiv erhöhen. Bundesrätin Simonetta Sommaruga versucht einmal mehr, Probleme mit Unsummen Geld zu ertränken.

Anstatt 132 Millionen Franken wirkungsvoll in die Wiedereingliederung von arbeitslosen über 50-Jährigen zu investieren, verbrennt der Bundesrat das Geld für Integrationsprogramme. Wann wird dieser angeblich bürgerlich dominierte Bundesrat endlich den Roststift bei der Misswirtschaft in der Sozialindustrie ansetzen?

Wird Reiseverbot ins Heimatland für Asylsuchende vom Ständerat aufgehoben?

Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. Mai 2018

Am Montag berät die Staatspolitische Kommission des Ständerats verschiedene Änderungen im Asyl- und Ausländergesetz. Auch diese Vorlage zeigt exemplarisch, wie Bundesrätin Simonetta Sommaruga wiederholt versucht, der Ausländerpolitik ihren Stempel aufzudrücken. Gegen den expliziten Willen des Nationalrats will die EJPD-Vorsteherin nun sogar das Reiseverbot für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlingen de facto aufheben.

WAK-S verknüpft Steuervorlage mit der Sanierung der AHV

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. Mai 2018

Die SVP nimmt den Vorschlag der WAK-S zur Steuervorlage 17 zur Kenntnis und wird ihn hinsichtlich der Belastung des Mittelstands und der kleinen und mittleren Unternehmen prüfen. Das Stimmvolk hat die Unternehmenssteuerreform abgelehnt, weil nicht klar war, ob am Schluss nicht der Mittelstand, der Mann und die Frau, die jeden Tag hart für ihr Geld arbeiten müssen, für die Unternehmenssteuerreform mit Steuererhöhungen bezahlen muss.

Wird wie vorgeschlagen die Sanierung der AHV mit 2,1 Milliarden Franken in die Steuervorlage eingebaut, so fordert die SVP, dass die unbestrittene Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahren ebenfalls in die Vorlage aufgenommen wird. Damit könnten jährlich weitere 1,2 Milliarden Franken der finanziellen Sicherung der AHV zugutekommen. Auf eine unsoziale Erhöhung der Mehrwertsteuer könnte somit vorerst verzichtet werden.

Wichtigste staatliche Aufgabe: Schutz der Menschen in der Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. Mai 2018

Die SVP begrüsst den referendumsfähigen Planungsbeschluss des Bundesrates zum Schutz der Menschen in der Schweiz. Eine Armee muss die Bevölkerung auch vor Gefahren aus der Luft mittels einer kampffähigen Luftwaffe inklusive eines neuen bodengestützten Systems zur Luftverteidigung wirksam schützen können.

Bewährte Tradition der Selbstbestimmung erhalten – Diskussion notwendig

Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. Mai 2018

Mit grossem Befremden nimmt die SVP und nehmen wohl auch viele Zuhörer der Debatte zur Selbstbestimmungs-Initiative von der Diskussionsverweigerung gewisser Parlamentarier Kenntnis. Im Fokus der Selbstbestimmungs-Initiative steht die Frage des geltenden Rechts in der Schweiz und wer dieses bestimmt. Das Volk und Stände dank der direkten Demokratie oder internationale Verträge und damit Auslegungspraktiken internationaler Gerichte?

«Bleiben wir besser bei dem, was sich bewährt hat; nämlich dabei, dass wir Bürger der oberste Gesetzgeber in unserem Land sind. Direkte Demokratie macht die Menschen nachweislich glücklich, sie macht uns als Land und als Volkswirtschaft erfolgreich, und sie macht uns als Gemeinschaft stark.» - Nationalrat Hans-Ueli Vogt (ZH)

JUNI

SVP-Fraktion verlangt, dass kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden

Auszug aus der Medienmitteilung vom 5. Juni 2018

Der Abstimmungsentscheid von Volk und Ständen war klar: Kriminelle Ausländer haben ihr Aufenthaltsrecht in der Schweiz verwirkt und müssen unser Land verlassen. Die Bevölkerung wurde bei der Nicht-Durchsetzung der Ausschaffungsinitiative, wie von der SVP befürchtet, von Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Ständerat Philipp Müller und dem ganzen Rest der Classe politique brandschwarz angelogen. Statt wie versprochen jährlich 4'000 Ausschaffungen vorzunehmen, hat man mit der Täterschutz-Klausel ein Instrument geschaffen, welches jeden zweiten kriminellen Ausländer in der Schweiz vor einer Ausschaffung schützt. So konnten beispielsweise die Täter bei 13 von 16 Urteilen wegen sexueller Handlungen mit Kindern im Land bleiben. Sodann wird das Strafmass wohl oft bewusst tief angesetzt, um einen Grund zu haben, den Täter vor einer drohenden Ausweisung zu schützen. Diese Zustände müssen ändern. Darum unterstützt die SVP-Fraktion eine Parlamentarische Initiative von Nationalrat Gregor Rutz, die verlangt, dass die Täterschutzklausel zu beseitigen ist.

Regulierung stoppen – one in one out

Die SVP will der schädlichen Überregulierung Einhalt gebieten. Einstimmig beschliesst die SVP-Fraktion, eine parlamentarische Initiative von SVP Nationalrat Hans-Ueli Vogt anzunehmen. Der Nationalrat hat diesen Vorstoss bereits gutgeheissen. Die Parlamentarische Initiative will den Bundesrat dazu verpflichten, bei neuen Gesetzesprojekten von sich aus Vorschläge zu unterbreiten, die eine mindestens gleich hohe Entlastung bringen. Private und Unternehmen sollen so vor zusätzlichen staatlichen Pflichten, Bürokratie und finanziellen Belastungen geschützt werden. Im Ausland wird dieses Verfahren bereits erfolgreich angewendet.

Beschwerderecht für Gemeinden bei KESB-Entscheiden

Die SVP-Fraktion unterstützt die Standesinitiative des Kantons Schaffhausen. Diese verlangt vom Bundesrat, dass die Gemeinden künftig ein Beschwerderecht gegenüber Entscheiden der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) erhalten. Es ist eine Tatsache, dass oft ältere Menschen gegen ihren Willen durch die KESB in Altersheimen oder in Pflegeheimen platziert werden. Oder, dass Kinder den Eltern weggenommen werden und diese sich nicht gegen einen Obhutsentzug und eine Fremdplatzierung wehren (können).

Missbräuche bei den Ergänzungsleistungen (EL) bekämpfen

Die SVP-Fraktion unterstützt einstimmig die Motion der SGK-N zur Bekämpfung des Missbrauchs beim Bezug von Ergänzungsleistungen. Vorrangiges Ziel der Motion ist es, Massnahmen auszuarbeiten, um prüfen zu können, ob EL-Bezüger nicht deklarierte Vermögen im Ausland besitzen. Die EL-Ausgaben haben sich seit 2007 von 3.2 Milliarden Franken auf mittlerweile über 5 Mia. Franken erhöht. Aus Sicht der SVP sind daher Massnahmen dringend angezeigt, die das Kostenwachstum eindämmen.

Dazu gehört auch eine effiziente Missbrauchsbekämpfung, mit der sichergestellt werden kann, dass nicht bedürftige Rentner keine EL beziehen können.

Bittere Pille im Heilmittelgesetz: Automatische EU-Rechtsübernahme

Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. Juni 2018

Der Bundesrat gibt das Heilmittelgesetz in Vernehmlassung. Er will in der gleichen Vorlage auch gleich noch die automatische Rechtsübernahme von EU-Recht einführen. Zukünftig sollen Änderungen im EU-Recht im Bereich der technischen Handelshemmnisse automatisch von der Schweiz übernommen werden.

Asylverfahren: Beschleunigt in die Sozialhilfe?

Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. Juni 2018

Eine beschleunigte Abwicklung der Asylverfahren wäre positiv. Doch es werden die falschen Leute «beschleunigt bearbeitet», weil unsere Asylpolitik grundsätzliche Konzeptionsfehler hat. Die SVP lehnt die kostenintensive und bürokratische Neustrukturierung des Asylbereichs, wie sie der Bundesrat heute verabschiedet hat, ab. Beim «Austritt» aus der Schweiz wäre eine Beschleunigung wünschenswert und nötig, nicht beim «Eintritt».



Eidgenössische Abstimmung vom 10. Juni

Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»

Die klare Ablehnung der «Vollgeld-Initiative» durch Volk und Stände konnte so erwartet werden. Das Banken-Land Schweiz, mit seiner stabilen Währung, ist kein Platz für geldpolitische Experimente.

Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS)

Das Geldspielgesetz wurde vom Volk angenommen. Die SVP begrüsst die neuen Massnahmen zum Schutz vor Spielsucht, Geldwäscherei und Betrug und erwartet, dass die Erträge aus den Geldspielen wie versprochen gemeinnützigen Zwecken sowie der AHV/IV zufließen. Für die SVP bedeutet das JA aber keinen Freipass für Internetzensuren und die Sperrung ausländischer Mitbewerber. Netzsperrungen und Hürden im Internet sind kein taugliches Mittel, um den heimischen Markt vor kreativen, günstigen und einfachen ausländischen Internet-Angeboten zu schützen. Das ist Marktabschottung, Gift für die Innovation und Zensur im Internet.

Postauto-Skandal: SVP fordert von Verantwortungsträgern Boni und Lohnanteile zurück

Auszug aus der Medienmitteilung vom 12. Juni 2018

Die abgetretene Post-Chefin und die freigestellten Geschäftsleitungsmitglieder von Postauto AG haben ihre exorbitanten Bezüge damit begründet, dass sie viel Verantwortung tragen würden. Dieser sind sie offensichtlich nicht nachgekommen. Deshalb müssen die Betrügereien bei Postauto AG auch lohnrelevant sein. Die SVP fordert für alle betroffenen Geschäftsjahre die Rückzahlungen von allen Boni und den Gehaltsanteilen über 200'000 Franken jährlich sowie eine Auflösung des CVP-Filzes bei Post und Postauto AG.

Bürgerliches Versagen: Regulierungsbremse wird nicht eingeführt

Auszug aus der Medienmitteilung vom 14. Juni 2018

Nationalrat Hans-Ueli Vogt wollte mit einer parlamentarischen Initiative erreichen, dass für jedes neue Gesetz ein bisheriges aufgehoben werden muss. Der Nationalrat stimmte mit Unterstützung der SVP dem Vorstoss mit 87 zu 85 Stimmen bei neun Enthaltungen knapp zu. Heute kam das Geschäft in den Ständerat und scheiterte hauchdünn, weil gewisse sog. bürgerliche Ständeräte dieses Anliegen nicht einmal im Grundsatz unterstützt haben.



Sommersession 2018 (28. Mai – 15. Juni)

Rückblick auf die vergangene Session aus der Sicht von Fraktionspräsident Thomas Aeschi (ZG) und Fraktions-Vizepräsidentin Céline Amaudruz (GE).

Positiv:



Cannabis-Legalisierung gestoppt

Im Gegensatz zum Ständerat möchte der Nationalrat keinen Experimentierartikel für eine regulierte Cannabis-Abgabe schaffen. Der Nationalrat folgte damit einer Minderheit aus den Reihen der SVP, die diese Motion eines SP-Ständerats ablehnte. Ein Experimentierartikel wäre ein weiterer Schritt hin zur Legalisierung von Cannabis. Alle Versuche, eine solche Legalisierung auf direktdemokratischem Wege einzuführen, sind bislang klar gescheitert. Der offensichtliche Versuch, dies durch die Hintertür einzuführen, konnte vereitelt werden.

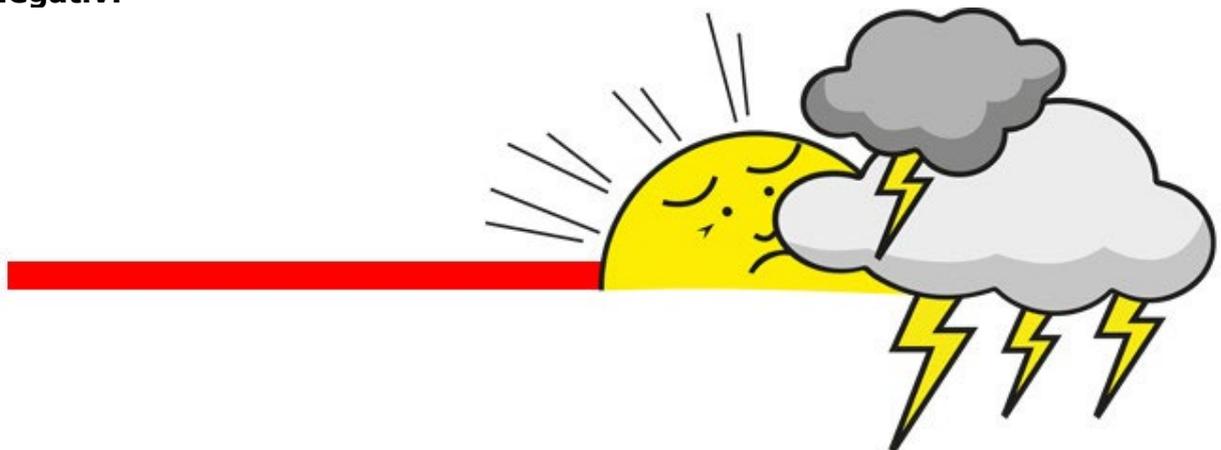
Gesamtschau Agrarpolitik – zurück an den Absender, FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann

Grosser Erfolg für die SVP: Mit Erleichterung kann die Rückweisung der Gesamtschau Agrarpolitik bei den Landwirten zur Kenntnis genommen werden. Die brandgefährliche Gesamtschau war in krasser Art und Weise untauglich als Grundlage für die Weiterentwicklung der Agrarpolitik und hätte zu einem zusätzlichen Sterben von Bauernbetrieben in der Schweiz geführt. Dank der SVP ist der Weg für einen Neuanfang frei, bei dem Agrar- und Handelspolitik voneinander getrennt zu behandeln sind, damit die Landwirtschaft in der Schweiz auch künftig eine existenzsichernde Basis hat.

Die Schweiz ist kein Ballenberg

Schiffbruch für die Zersiedelungsinitiative der Grünen, welche die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz auf unbestimmte Zeit einfrieren will. Das Parlament lehnte das weltfremde Anliegen klar ab. Angesichts der Tatsache, dass das bestehende Raumplanungsgesetz bereits heute sehr wirksame Massnahmen zur Bekämpfung der Zersiedelung kennt (u.a. Verdichtung, klare Trennung von Bau und Nichtbaugebiet, Neueinzonungen nur noch möglich, wenn Kulturland nicht zerstückelt wird) war man in den beiden Räten klar der Meinung, dass die Initiative in ihrer starren Formulierung weit über das Ziel hinausschiesst. Statt die Zersiedelung zu kritisieren, sollen die Grünen lieber die Begrenzungsinitiative der SVP unterstützen, denn die masslose Zuwanderung aus der EU ist der Haupttreiber für den Kulturlandverlust.

Negativ:



Ja zur Selbstbestimmung!

Die Frage der Selbstbestimmung und damit der Freiheit der Nationalstaaten ist eine uralte, und eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die aber immer neu erkämpft und erarbeitet werden muss. Deshalb fordert die SVP, die Selbstbestimmung der Schweiz in der Verfassung zu verankern und damit der schleichenden Unterwanderung und Aushöhlung der freien Bestimmung durch die Schweizerinnen und Schweizer einen Riegel zu schieben. Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben diese Selbstbestimmung mehrfach bestätigt. Erst bei einer Annahme der Selbstbestimmungsinitiative werden ausländische Vergewaltiger, Mörder und Schläger – insbesondere aus der EU – wirklich ausgeschafft. Bei einer Annahme der Selbstbestimmungsinitiative steuert die Schweiz die Zuwanderung wieder eigenständig, damit über 50-Jährige und Jugendliche wieder Arbeit finden in unserem Land. Bei einer Annahme der Selbstbestimmungsinitiative werden Personen wie der Vierfachmörder, Vergewaltiger und Erpresser von Rapperswil auch wirklich lebenslanglich verwahrt. Und bei einer Annahme der Selbstbestimmungsinitiative dürfen Pädophile nie wieder mit Kindern arbeiten. Die Schweizerinnen und Schweizer haben entschieden Ja gesagt zu den Menschenrechten und den Rechten der Opfer, sie haben Ja gesagt zur Selbstbestimmung und sie haben Ja gesagt zur bewährten Praxis und Rechtssicherheit in unserem Land. Die Bundesversammlung lehnte die SBI ab. Korrigieren Sie

diesen Entscheid an der Urne und sagen Sie Ja zur Selbstbestimmung der Schweiz.

Zwang zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie

Die neue EU-Waffenrichtlinie möchte Terrorattentate verhindern. Dazu ist sie aber nicht geeignet, ebenso wenig wie die von SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga vorgelegte Umsetzung des EU-Rechts in unserem Schweizer Waffengesetz. Wenn bei Terroranschlägen Schusswaffen eingesetzt werden, handelt es sich meistens um illegale Waffen. Das revidierte Waffengesetz sieht aber keine Massnahmen gegen den illegalen Waffenhandel vor, sondern stellt Waffensammler, Schützen und Armeeangehörige, die ihre Waffe bei der Entlassung erwerben, unter Generalverdacht. Vorgesehen sind u.a. Nachregistrierungen oder Schiessnachweise. Die Heerscharen von Polizisten, die mit der Kontrolle beschäftigt wären, ob die neuen Regulierungen eingehalten werden, würden natürlich auf der Strasse fehlen. Das führt nicht zu mehr, sondern zu weniger Sicherheit. Die SVP konnte im Nationalrat zwar einige Verbesserungen erreichen und noch weitergehende Anträge der Linken abwehren. Die Vorlage bleibt aber ein Musterbeispiel für fremdes EU-Recht, zu dessen Übernahme die Schweiz gezwungen wird.

Leicht tiefere Ausgaben bei den Ergänzungsleistungen

Um das massive Kostenwachstum bei den Ergänzungsleistungen (seit 2000 von 2,3 auf fast 5 Milliarden Franken pro Jahr) leicht einzudämmen, hat der Nationalrat eine zehnjährige Beitragsdauer beschlossen, um Ergänzungsleistungen beziehen zu dürfen. Von dieser Massnahme sind insbesondere Asylanten betroffen. Weiter sollen Personen mit grossen Vermögen zukünftig keine Ergänzungsleistungen mehr beziehen können. Gleichzeitig wurden aber auch die über die Ergänzungsleistungen vergüteten Mietzinsmaxima erhöht, weshalb die Einsparungen lediglich im tiefen dreistelligen Millionenbereich liegen. Den Plänen von SP-Bundesrat Berset, den Kapitalbezug bei der zweiten Säule einzuschränken, wurde eine Absage erteilt.

Nein zur einer neuen staatlichen Lohnpolizei

Obwohl Frauen und Männer grundsätzlich gleiche Löhne für gleiche Arbeit erhalten, zwingt der mitte-links Ständerat Arbeitgeber, die mehr als 100 Mitarbeiter beschäftigen, alle vier Jahre eine Lohnvergleichsanalyse durchzuführen. Der SVP geht das zu weit. Lohnunterschiede sind nicht immer Lohndiskriminierung. Zu unterschiedlich sind nämlich die objektiven Gründe wie Alter, Ausbildung, Dienstjahre, Erfahrung, Zuständigkeitsbereich, persönlicher Einsatz, Leistungskomponenten etc. Für die Unternehmen bedeutet die Vorlage enormen Mehraufwand. Gut möglich, dass Unternehmen dieser Bürokratie künftig aus dem Weg gehen, indem sie nur noch Männer oder nur noch Frauen anstellen. Dann ist Lohndiskriminierung aufgrund des Geschlechts ausgeschlossen. Brauchen wir so einen Blödsinn? Nein!

Kampf gegen Frauenquoten und weitere Einschränkungen der Unternehmen

Der Nationalrat hat sich gegen den Willen der SVP für Geschlechterquoten ausgesprochen. Dahinter versteckt sich nichts anderes als eine weitere Bevormundung der Unternehmen durch den Staat. CVP und Teile der FDP stimmten ein weiteres Mal mit Links. Die SVP wehrte sich weiter konsequent dagegen, dass der Wirtschaft unter dem Deckmantel der «Transparenz» mit neuen Vorschriften unternehmerischer Spielraum genommen wird. Jetzt müssen bestimmte Schweizer Unternehmen Geschäftsgeheimnisse über Beziehungen zu staatlichen Stellen publizieren – öffentlich und für die ausländische Konkurrenz einsehbar.

Agrarpolitik: Braucht es den Druck der Strasse zur Einsicht?

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. Juni 2018

Erst vor kurzem hat der Nationalrat dank der SVP die Gesamtschau Agrarpolitik zurückgewiesen. Nun stellt der Bundesrat erneut Weichen für die Agrarpolitik 2022+ ohne neue und klare Gesamtschau, neuen Fahrplan und Auswertung der Zielerreichung Agrarpolitik (AP 14-17). Damit zeigt Bundesrat Johann Schneider-Ammann, dass er einerseits den grossen Unmut der Landwirte nicht verstanden hat und andererseits den Nationalrat als Gesetzgeber übergeht, wie es wohl bisher noch nie vorgekommen ist. Die SVP verlangt deshalb eine sofortige Unterredung mit Bundesrat Schneider-Ammann. Sollte dies nichts nützen, dann wird es wohl den Druck der Strasse brauchen.

SVP bekämpft das neue Mediengesetz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. Juni 2018

Mit dem vom Bundesrat in die Vernehmlassung gegebenen Mediengesetz würde künftig auch der Internetbereich reguliert und es könnten Subventionen an weitere Medienanbieter gesprochen werden. Die SVP lehnt diese Verstaatlichungstendenzen im Medienbereich dezidiert ab. Staatliche Medienförderung ist falsch: Sie schafft Fehlansätze und gefährliche Abhängigkeiten. Der Bund hat hierfür auch keine verfassungsmässige Kompetenz. Der Bundesrat greift mit dem Mediengesetz in die Freiheit des Internets ein. Online-Medienangebote mit vielen audiovisuellen Beiträgen sollen finanziell unterstützt werden, textlastige Medienangebote sollen leer ausgehen. Die Vorlage ist ebenso unausgegoren wie unnötig.

Handys von Asylsuchenden endlich überprüfen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. Juni 2018

Im Rahmen von Asylverfahren sollen künftig auch Mobiltelefone zur Feststellung der Identität und Herkunft von Asylbewerbern untersucht werden dürfen. Die Staatspolitische Kommission des Ständerats hat heute einen Vorstoss der SVP angenommen.

Missbräuche bekämpfen, damit dem Mittelstand mehr zum Leben bleibt

Delegiertenversammlung vom 23. Juni 2018



Die Delegierten stimmen dem Gesetz zu, um dem asozialen Versicherungsbetrug endlich einen Riegel zu schieben

Es versammeln sich etwa 400 Schweizerinnen und Schweizer aus dem ganzen Land zur Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Les Bugnens (NE). Linke Kreise unterstützt durch SP und Grüne haben das Referendum gegen das Gesetz zum Einsatz von Sozialversicherungsdetectiven ergriffen. Das ist nicht nur höchst asozial und ungerecht, sondern auch unschweizerisch. Wer Leistungen von der Allgemeinheit bezieht, der soll sich auch fairen und angemessenen Kontrollen unterziehen müssen, fanden die Delegierten und beschlossen einstimmig die JA-Parole zum Gesetz zum Einsatz von Sozialversicherungsdetectiven.

E-Voting: Zu grosses Manipulationsrisiko für unsere direkte Demokratie

Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. Juni 2018

Der Bundesrat beschliesst, eine Vernehmlassung zu eröffnen. Sein Ziel ist es, E-Voting als dritten ordentlichen Stimmkanal aufzubauen. Die elektronische Stimmabgabe schafft neue Möglichkeiten der Manipulation und Störungsanfälligkeit. Die Glaubwürdigkeit der direkten Demokratie mit der brieflichen und persönlichen Stimmabgabe wird geschwächt. E-Voting ist unnötig, kostet viel, bindet grosse Ressourcen in den Verwaltungen und gefährdet das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Resultate unserer Wahlen und Abstimmungen.

JULI

SVP fordert Übungsabbruch beim EU-Rahmenabkommen

Medienmitteilung vom 4. Juli 2018

Der Bundesrat kommuniziert über den Zwischenstand der Verhandlungen über das Rahmenabkommen mit der EU. Inwiefern der Bundesrat der EU noch stärker entgegenkommen will als bisher kommuniziert, ist nach wie vor unklar. Dies trotz aller Beteuerungen, dass es rote Linien gibt, die er nicht überschreiten werde. Trotz dieser

roten Linien will er jedoch im Sommer bei den flankierenden Massnahmen die Meinung der Sozialpartner und der Kantone einholen. Dies zeigt, wie verfahren die Situation ist, und dass rote Linien wohl doch nicht ganz rot sind.

Klar ist jedoch, dass das Rahmenabkommen dem Ziel dient, dass die Schweiz die EU-Gesetzgebung in wichtigen Bereichen automatisch übernimmt, ohne dass die Schweiz noch entscheiden kann. Damit werden die bewährte Selbstbestimmung unseres Landes und insbesondere das Stimmrecht der Schweizerinnen und Schweizer verschlechtert. Die Souveränität der Schweiz als Gesetzgeberin im eigenen Land würde aufgegeben. Denn die Gesetzesübernahmen würden zwingend erfolgen. Bei Nichtbefolgung hat die EU das Recht, Sanktionen zu ergreifen. Fremde Richter wären Tatsache.

Die SVP verlangt vom Bundesrat, dass er der EU endlich reinen Wein einschenkt. Ein Rahmenabkommen mit der EU ist für die Schweiz kein gangbarer Weg. Nur selbstbestimmt kann die Schweiz Schweiz bleiben.

AUGUST

Folgen falscher Politik: 1.9 Milliarden Franken Staukosten

Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. August 2018

Der Bund berechnet die volkswirtschaftlichen Kosten der zunehmenden Staus auf Schweizer Strassen per Ende 2015 auf 1.9 Milliarden Franken. 2017 sind die Stautunden sogar auf rund 26'000 im Jahr gestiegen. Das sind die Folgen einer verfehlten Mitte-Links-Verkehrspolitik, welche einäugig auf die Bahn setzte und die Strassen systematisch krass vernachlässigte. Die SVP fordert, dass der Unterhalt und die Kapazitätserweiterungen im Strassennetz zur Eliminierung des grossen Rückstandes ab sofort erste Priorität haben.

Verhandlungsabbruch – SVP nimmt CVP, FDP und SP beim Wort

Auszug aus der Medienmitteilung vom 12. August 2018

In der Sonntagszeitung fordern die Parteipräsidenten der CVP, FDP und SP einhellig den Abbruch der Verhandlungen über den Rahmenvertrag mit der EU. Die SVP, die seit Jahren gegen diesen EU-Anbindungsvertrag kämpft, insbesondere gegen die im Rahmenvertrag vorgesehene automatische Rechtsübernahme, nimmt die Parteien beim Wort. Sie schlägt vor, dass alle Bundesratsparteien nächste Woche schriftlich den Bundesrat auffordern, gegenüber der EU den Abbruch der Verhandlungen über das Rahmenabkommen zu kommunizieren.

SVP-Delegierte sagen einstimmig JA zur Selbstbestimmung und somit JA zur Schweizer Demokratie

Delegiertenversammlung vom 25. August 2018



Die Delegierten sagen einstimmig Ja zur Selbstbestimmung der Schweiz und zu unserer direkten Demokratie.

Heute versammeln sich über 500 Schweizerinnen und Schweizer aus dem ganzen Land zur Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Unterägeri (ZG). In der Schweiz haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Rahmen von Volksabstimmungen das letzte Wort bei allen wichtigen politischen Entscheidungen. Diese weltweit einzigartige Selbstbestimmung in Form der bewährten direkten Demokratie hat der Schweiz Wohlstand, Freiheit und Sicherheit gebracht. Die Selbstbestimmungsinitiative sichert die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger als wichtigen Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz auch in Zukunft. Das sehen auch die Delegierten so und beschliessen mit 401 Stimme – einstimmig – die JA-Parole zur Selbstbestimmungs-Initiative, über die Volk und Stände am 25. November befinden werden. Die beiden Agrar-Initiativen werden hingegen deutlich abgelehnt. Auch die im November zur Abstimmung gelangende «Hornkuh-Initiative» wird von den Delegierten abgelehnt.

SVP und Auns reichen die Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung ein

Auszug aus der Medienkonferenz vom 31. August 2018

Gut sieben Monaten nach der Lancierung reichen AUNS und SVP die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» mit 118'772 Unterschriften ein. Die unkontrollierte Einwanderung und ihre schmerzhaften Folgen sind täglich spürbar. Die Situation bei den Langzeitarbeitslosen und die Folgen für die Sozialwerke sind besorgniserregend. Die Schweiz weist die höchste Erwerbslosenquote seit dem 2. Weltkrieg auf und dies trotz der guten Wirtschaftslage. Besorgt sind die SVP und die AUNS auch über die jüngsten Gewaltexzesse und Übergriffe gegen Frauen in Genf und am Rande der Street Parade.

Medienberichte, die suggerieren, die Zuwanderungssituation in der Schweiz würde sich markant bessern, sind bewusst irreführend. Eine Nettozuwanderung von 77'319

(im Jahr 2016) bzw. 53'221 Nettozuwanderer 2017 gemäss Staatssekretariat für Migration SEM plus die rekordhohe Zahl von Einbürgerungen von 44'515 im Jahr 2017 sind Fakten, die anzeigen, dass die Schweiz die Zuwanderung dringend zu begrenzen hat. Dazu kommt der besorgniserregend hohe Bestand an vorläufig Aufgenommenen im Asylbereich als Ausdruck der sog. Willkommenskultur von Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Die Gesamtzahl der Asylsuchenden in der Schweiz verharrt seit 2015 auf über 65'000 Personen. Die Kosten beim Bund steigen stetig. Betroffen sind aber auch die Gemeinden in den Bereichen der Infrastruktur, der Schule, der Sozialhilfe und der Gesundheitsversorgung etc.

Historisch hohe Erwerbslosenquote

2017 lag die Erwerbslosenquote gemäss der Internationalen Arbeitsorganisation ILO bei 4.8%. Noch im Jahre 2001, vor Einführung der Personenfreizügigkeit, galten nur 2.8% der erwerbsfähigen Bevölkerung als erwerbslos. Die Schweiz weist somit die höchste Erwerbslosenquote seit dem 2. Weltkrieg auf. Dies ist insofern besonders bedenklich, als wir uns derzeit eigentlich in einer sehr guten Konjunkturphase befinden.

Zuwanderung vor allem in Tief-Lohn-Jobs

Auch muss endlich dem Mythos abgeschworen werden, dass ein so genannter «Fachkräftemangel» Motor der Zuwanderung sei. Die Zahlen zeigen, dass die Zuwanderer oft nicht in jenen Branchen eine Stelle antreten, in denen tatsächlich ein Fachkräftemangel herrscht. So wanderten 2017 in die Schweiz u.a. ein: 1162 landwirtschaftliche Gehilfen, 187 Coiffeure, 1438 Putzfrauen, 354 Bodenleger, 5895 Service- und Küchenangestellte, 807 Chauffeure, 1466 Detailhandelsangestellte, 3058 KV-Angestellte, 10338 Personen ohne bestimmbare Berufstätigkeit und 216 Lageristen. Typischerweise kommen ausgebildete Juristen etwa ins Tessin, um als Sekretär zu arbeiten. Angesichts dieser Fakten erstaunt es nicht, dass trotz der – netto! – weit über einer halben Million Personen, die in den letzten zehn Jahren über die Personenfreizügigkeit in die Schweiz eingewandert sind, der effektive Fachkräftemangel nicht behoben werden konnte. Hingegen fand ein Auswechseln der Mitarbeitenden in oben genannten Jobs/Branchen statt. Insbesondere finden Junge und über 50-jährige nur schwer eine neue Arbeitsstelle.

Ein freies und selbstbestimmtes Land wie die Schweiz hat die Einwanderung selber zu steuern. Das machen die meisten erfolgreichen Länder der Welt. Über 500 Millionen Bürgern anderer Staaten einen rechtlichen Anspruch auf Einwanderung, inkl. Zugang zu den Sozialwerken, zu gewähren, ist gefährlich. Gerade auch vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklungen gilt es, die Einwanderungsgesetze in der Schweiz strikte nach wirtschaftlichen Bedürfnissen und im Interesse der Sicherheit und Stabilität auszurichten. Die heute eingereichte Begrenzungsinitiative verlangt, dass die Zuwanderung eigenständig, d.h. ohne Personenfreizügigkeit, von der Schweiz geregelt und kontrolliert wird.

SVP-Fraktion weist die Steuervorlage an die vorberatende Kommission zurück

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. September 2018

Die SVP-Fraktion beschliesst mit 44:0 bei 4 Enthaltungen, die von der WAK-N beschlossene Steuervorlage an die Kommission zurückzuweisen. Die SVP verlangt eine Auftrennung der Steuervorlage, damit das Stimmvolk über die einzelnen Teile separat abstimmen kann. Die Fraktion setzt sich ohne Wenn und Aber für die nachhaltige finanzielle Sicherung der AHV, dem wichtigsten Sozialwerk der Schweiz ein. Mit der Rückweisung an die Kommission spricht sich die Fraktion daher für eine schlanke Steuervorlage aus. Eine solche könnte noch in dieser Session von der Wirtschafts- und Abgabekommission entsprechend aufgleist werden.

UNO-Migrationspakt nicht unterschreiben!

Auszug aus der Medienkonferenz vom 13. September 2018

Im Dezember soll der UNO-Migrationspakt in Marokko verabschiedet werden. Parteipräsident Albert Rösti und Nationalrat Andreas Glarner, Verantwortlicher für die Asyl- und Migrationspolitik der SVP Schweiz, fordern vor den Medien in Bern den Bundesrat auf, diesen Pakt nicht zu unterzeichnen. Er ist nicht vereinbar mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung und damit der Selbstbestimmung der Schweiz.

Forderungen der SVP an den Bundesrat:

1. Der Bundesrat wird aufgefordert, diesen Pakt im Dezember auf keinen Fall zu unterzeichnen. Sämtliche Arbeiten sind unverzüglich abzubrechen.
2. Sollte der Bundesrat diesen trotzdem unterzeichnen wollen, fordert die SVP, dass ein Abkommen von einer solchen Tragweite zwingend dem Parlament unterbreitet und entsprechend dem fakultativen Referendum unterstellt wird. Nur so können die Selbstbestimmung und die Unabhängigkeit der Schweiz auch künftig erhalten werden.

Fernmeldegesetz à la SVP

Medienmitteilung vom 18. September 2018

An der Sitzung der SVP-Bundeshausfraktion wird Nationalrat Heinz Brand (GR) zur Wahl zum 2. Vizepräsidenten des Nationalrats nominiert. Heinz Brand soll damit im Jahr 2021 Nationalratspräsident werden. Nationalrat Brand setzte sich gegen die Nationalräte Andreas Aebi (BE), Pierre-André Page (FR) und David Zuberbühler (AR) im vierten Wahlgang durch.

SVP prägt Revision des Fernmeldegesetzes

Die Revision des Fernmeldegesetzes (FMG) wurde in der zuständigen Kommission des Nationalrats stark von den SVP-Mitgliedern geprägt. Der Telekommunikationsmarkt entwickelt sich rasend schnell. Bei Gesetzesrevisionen besteht deshalb immer die Gefahr, dass Regelungen für Technologien oder Dienstleistungen getroffen werden, die es bei Inkrafttreten des endgültigen Gesetzes schon gar nicht mehr gibt.

Keine neue Nationalhymne durch die Hintertüre

Die SVP-Fraktion unterstützt eine Parlamentarische Initiative von Ständerat Thomas Minder, welche verlangt, dass der «Schweizerpsalm» weiterhin die offizielle Landes-hymne bleiben soll. Für eine Änderung der Hymne soll es künftig einer Gesetzesänderung bedürfen. Damit obläge der finale Entscheid und die Legitimation der Hymne der Bundesversammlung und – via fakultativem Gesetzesreferendum – den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern.

SVP-Fraktion stimmt Ausländergesetz zähneknirschend zu

Betreffend Heimreisen von Flüchtlingen in ihr Herkunftsland baute der Ständerat in der Frühlingssession eine Verschärfung zur bundesrätlichen Version ein. Diese geht der SVP aber nach wie vor viel zu wenig weit, weil Flüchtlinge lediglich eine Zwangslage geltend machen müssen, die sich kaum überprüfen lässt, um nach einer aufgeflogenen Heimreise ihren Flüchtlingsstatus behalten zu können. Die SVP-Fraktion will ein unmissverständliches Reisereservat, denn wer in sein Heimatland reist – aus welchem Grund auch immer – kann nicht wirklich an Leib und Leben verfolgt sein.



Eidg. Volksabstimmungen vom 23. September

Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege [Velo-Initiative]»)

Velowege, bislang eine Sache der Gemeinden und Kantone, werden künftig zur Bundesangelegenheit. Dies beschloss die Mehrheit der Stimmdenden. Die SVP nimmt diesen weiteren Zentralisierungsschritt mit Bedauern zur Kenntnis. Es bleibt zu hoffen, dass bei der Umsetzung in der Praxis der Strassenverkehr nicht noch weiter «unter die Räder» kommt.

«Agrarinitiativen»:

- **Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundliche und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»**
- **Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»**

Die Ablehnung der beiden linken Agrarinitiativen durch das Stimmmvolk kommt nicht überraschend. Sie waren zu extrem. Die SVP freut sich über die klare Ablehnung. Das Stimmmvolk will nicht noch mehr Bürokratie und Vorschriften bei der Herstellung und beim Verkauf von Lebensmitteln. Unsere bestehenden Standards sind hoch genug. Die Stimmdenden haben gemerkt, dass die beiden Agrarinitiativen hauptsächlich zu mehr Bürokratie und Vorschriften, zu höheren Preisen der Lebensmittel und damit zu noch mehr Einkaufstourismus geführt hätten.

Bundesrat lässt sich von EU erpressen und zahlt ohne Gegenleistungen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. September 2018

Der Bundesrat kommuniziert einmal mehr über den Zwischenstand der Verhandlungen über das Rahmenabkommen mit der EU. Es wird immer klarer, dass sich der Bundesrat von der EU als Pfand für deren Verhandlungen mit Grossbritannien vorführen lässt. Statt den Bückling vor der EU zu machen, sollte der Bundesrat endlich den Mut haben, die Verhandlungen abzubrechen, denn die EU verlangt von der Schweiz die automatische Übernahme von EU-Recht, womit die Schweizerinnen und Schweizer ihr Stimmrecht in Brüssel deponieren müssten. Der Bundesrat hat heute zusätzlich beschlossen, ohne Gegenleistung der EU einen sog. Kohäsionsbeitrag von 1,3 Milliarden Steuer-Franken der Schweizer Bürgerinnen und Bürger zu bezahlen.



Herbstsession 2018 (10. – 28. September)

Rückblick auf die vergangene Session aus der Sicht von Fraktionspräsident Thomas Aeschi (ZG) und Fraktions-Vizepräsidentin Céline Amaudruz (GE).

Positiv:



Erfolg für die SVP: Schluss mit Heimatreisen von Flüchtlingen

Der Nationalrat hat einen Vorschlag der SVP angenommen, der bei Heimatreisen von Flüchtlingen Ordnung schaffen wird. Flüchtlingen, die in ihre Herkunftsländer reisen, soll automatisch der Flüchtlingsstatus aberkannt werden. Denn wer in seine Heimat reist, um dort Ferien zu machen oder Verwandte zu besuchen, kann nicht wirklich an Leib und Leben verfolgt sein. Unechte Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten sollen damit leichter aufgedeckt und die Attraktivität der Schweiz gesenkt werden. Das Geschäft geht nun zurück an den Ständerat. Es bleibt zu hoffen, dass die übrigen bürgerlichen Parteien den Antrag der SVP weiterhin stützen und nicht verwässern. Bisher wollte der Ständerat nämlich Ausnahmen zulassen, die zu einer Aushebelung des Reiseverbots geführt hätten.

Zusätzliche Stellen beim Grenzwachtkorps für mehr Sicherheit

Die Beharrlichkeit der SVP trägt Früchte. Die in der Zollverwaltung dank Digitalisierung einsparbaren Bundesstellen sollen zugunsten zusätzlicher Grenzwächter neu besetzt werden. Mehr Sicherheit an den Grenzen dank der SVP.

SVP kämpft erfolgreich für Schutzausrüstung der Wehrpflichtigen

Wie akut der SVP-Mangel im Ständerat ist, konnte bei diesem Geschäft beispielhaft beobachtet werden. Kaum hatte man beschlossen, die Armee endlich wieder vollständig auszurüsten, glaubte der Ständerat ausgerechnet bei der Schutzausrüstung unserer Soldatinnen und Soldaten sparen zu müssen. Im Nationalrat fand diese Idee der 'Chambre de Réflexion' kein Gehör. Selbstverständlich soll jeder Armeeingehörige Gewissheit haben, dass er im Einsatz eine Schutzweste erhält, wenn er sein Leben für die Sicherheit der Schweizerinnen und Schweizer riskiert. Mehr Schutz für unsere Wehrmänner und -frauen, damit sie sich schützend vor uns alle stellen können.

Dank SVP sollen Gefährder härter angepackt werden

Heute können radikalisierte Personen und Sympathisanten von Terrororganisationen frei herumlaufen und dabei von der Sozialhilfe leben, obwohl sie für die Schweiz erwiesenermassen eine Gefahr darstellen. Dank einer parlamentarischen Initiative der SVP sollen die Gesetze entsprechend verschärft werden. So sollen Gefährder künftig in Sicherheitshaft genommen werden können, wenn sie zu terroristischen Aktivitäten oder sonst zu Gewalt aufrufen, anleiten oder ermuntern, solche Aktivitäten ankündigen, finanzieren oder begünstigen. Gefährliche Ausländer sollen ausgeschafft und bis dahin ebenfalls in Sicherheitshaft genommen werden können. Die Vorlage geht nun an den Ständerat, wo sich zeigen wird, ob die Mitteparteien den Vorschlag weiterhin unterstützen.

Negativ:



Kein Abbruch der Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU

Der Bundesrat will die Schweiz an die EU anbinden. Unsere Regierung sollte der EU endlich klarmachen, dass die automatische Übernahme von EU-Recht nie eine Mehrheit in der Schweizer Bevölkerung finden wird. Die SVP wird mit allen Mitteln gegen einen solchen Kolonialvertrag kämpfen!

Parlament knickt ein bei der EU-Waffenrichtlinie

Gegen den Widerstand der SVP ist eine Mehrheit des Parlaments bereit, unsere erst 2011 vom Volk erneut bekräftigte, freiheitliche Waffentradition einzuschränken – und das auf Druck der EU. Brüssel hat eine Waffenrichtlinie ausgearbeitet, die keinen einzigen Terrorakt verhindert, wohl aber den Schweizer Schützen, Jägern, Milizarmeeangehörigen und legalen Waffenbesitzern, wie auch den Büchsenmachern bürokratische Kopfschmerzen bereitet. Allzu willfährig haben die anderen Parteien sich den Drohungen der EU gebeugt und diesem unsinnigen Eingriff in unsere Tradition stattgegeben. Ein Referendum von Seiten der Schützen darf wohl auf die Unterstützung der SVP-Wählerinnen und Wähler zählen – und hoffentlich auch der übrigen

Wähler, deren Parteien sich 2011 noch zur schweizerischen Schützenkultur bekannten.

Lohnpolizei wird traurige Realität

Gegen den Willen der SVP hat der Nationalrat Massnahmen gegen die angebliche Lohndiskriminierung von Frauen diskutiert. Die SVP sieht in der Massnahme einen ungerechtfertigten Eingriff in den freien Arbeitsmarkt. Klar ist, dass es in der Schweiz keine Lohndiskriminierung für gleiche Arbeit geben darf. Aber das Gesetz bringt einen bürokratischen Leerlauf. Die Lohngleichheit ist bereits heute in der Bundesverfassung verankert und die gesetzlichen Möglichkeiten gegen Lohndiskriminierung bestehen.

Fauler Kompromiss bei der Steuervorlage zulasten der direkten Demokratie und der Arbeitnehmer

Im Ständerat wurde im Frühjahr in einer Nacht- und Nebelaktion und unter Ausschluss der SVP ein «Päckli» geschnürt. Dabei wurden mit der AHV-Finanzierung und der Unternehmenssteuerreform zwei völlig unterschiedliche Themen miteinander verknüpft. Wie kann man sich als Stimmbürger zu einer Vorlage äussern, die mehrere unterschiedliche Fragen miteinander behandelt? Die strukturelle und damit nachhaltige Sanierung der AHV ist für die SVP ein Muss. Die SVP setzte sich leider vergeblich für die Kürzung der Entwicklungshilfe um jährlich eine Milliarde Franken oder die Nicht-Zahlung der Kohäsionsmilliarde an die EU ein. Auch die Angleichung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre wurde durch die SVP unterstützt. Schlussendlich wurde jedoch unter Mithilfe der Mitteparteien die Erhöhung der Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern von 8,4 auf 8,7 Prozent beschlossen. Dies bedeutet eine neuerliche Erhöhung der bereits viel zu hohen Zwangsabgaben für den Mittelstand. Im Ergebnis bedeutet das Durchpeitschen der Steuerreform ein Nachgeben gegenüber dem Druck der Europäischen Union. Die Mehrheit der SVP Fraktion lehnt dieses «Päckli» entschieden ab.

Wer bestimmt künftig in unserem Land?

Auszug aus der Medienkonferenz vom 2. Oktober 2018



Das Komitee «JA zur Selbstbestimmung» stellt die Argumente für ein JA zur direkten Demokratie und Selbstbestimmung an einer Medienkonferenz vor.

In Bern legt das Komitee «JA zur Selbstbestimmung» die Argumente für ein JA zur direkten Demokratie und Selbstbestimmung, über die am 25. November abgestimmt wird, dar. In der Schweiz bestimmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bei allen wichtigen politischen Entscheidungen. Diese weltweit einzigartige Selbstbestimmung in Form der direkten Demokratie ist ein zentraler Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz. Doch diese bewährte Ordnung ist ausser Kraft, seitdem das Bundesgericht 2012 entschieden hat, internationales Recht über die Schweizer Bundesverfassung zu stellen.

Bundesrat unterzeichnet Pakt für eine weltweite Personenfreizügigkeit

Auszug aus der Medienmitteilung vom 10. Oktober 2018

Der Bundesrat beschliesst, den UNO-Migrationspakt zu unterzeichnen. Dieses Vorgehen widerspricht aus Sicht der SVP klar der Bundesverfassung (Art. 121a Abs.4). Der ideologisch abgehobene Pakt hat die weltweite Niederlassungsfreiheit für alle Menschen im Land ihrer Wahl zum Ziel. Die eigenständige Steuerung der Zuwanderung an den Bedürfnissen der Wirtschaft auszurichten würde damit verhindert. Art. 121a der Verfassung verbietet es jedoch einen internationalen Vertrag zu unterzeichnen, der dem Grundsatz der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung mit Kontingenten und Höchstzahlen widerspricht. Deshalb ist das Abnicken des Bundesrates dieses weitgehenden UNO-Migrationspaktes ein klarer Verfassungsbruch und ein Skandal.

Etappensieg für die SVP: UNO-Migrationspakt soll Parlament unterbreitet werden

Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. Oktober 2018

Die SVP freut sich über den Entscheid der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats, den Bundesrat zu beauftragen, von einer Unterzeichnung des UNO-Migrationspakts abzusehen und diese Vorlage als Antrag dem Parlament zu unterbreiten. Ebenso begrüsst es die SVP, dass die Staatspolitische Kommission zu dieser wichtigen Thematik den Bundesrat und andere verantwortliche Exponenten an einer nächsten Sitzung anhören will. Zudem verlangt die SVP, dass der Parlamentsbeschluss dem Referendum unterstellt wird.

Behördenpropaganda gegen die direkte Demokratie

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. Oktober 2018

Die Eidgenössische Migrationskommission (EKM) und die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) mischen sich unrechtmässig in den Abstimmungskampf über die Selbstbestimmungs-Initiative ein. Die SVP protestiert und fordert die Kommissionen auf, die Stellungnahme aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlage zurückzunehmen.

Freiheit und Sicherheit verteidigen

Delegiertenversammlung vom 27. Oktober 2018

Über 500 Delegierte, Gäste und besonders viele Jugendliche der Jungen SVP treffen sich am Nachmittag und Abend in Volketswil zur Delegiertenversammlung der SVP Schweiz und zum 50. Jubiläum der Jungen SVP Schweiz.



Nationalrat Albert Röstli, Parteipräsident der SVP Schweiz, gratuliert der Jungen SVP Schweiz zum 50-Jahr-Jubiläum der Jungpartei.

«Wir wollen frei sein, wie die Väter waren.» Die Botschaft des Bundesbriefes von 1291 ist für die Schweiz von immerwährender Gültigkeit. Ohne Freiheit gibt es keine Selbstbestimmung. Unsere Freiheit ist kein Geschenk. Sie muss immer wieder verteidigt werden gegen Druckversuche von aussen – aber auch gegen die inneren Feinde der Freiheit: Diese wollen die Bürgerinnen und Bürger bevormunden und die

direkte Demokratie aushebeln. Deshalb gilt es am 25. November 2018 nur eines: JA zur Selbstbestimmungsinitiative.

Die Junge SVP Schweiz stellt ihre Generationen-Charta vor, zu der sie sich verpflichtet. Mit viel Musik und Barbetrieb wird das Jubiläum bis in die späten Abendstunden gefeiert.

NOVEMBER

Emanuel Waeber als neuer SVP-Generalsekretär gewählt

Auszug aus der Medienmitteilung vom 1. November 2018

Der Parteivorstand der SVP Schweiz hat in seiner Sitzung vom 27. Oktober die Zersiedelungsinitiative behandelt, über die die Stimmbevölkerung am 10. Februar 2019 befindet. Der Parteivorstand empfiehlt der Delegiertenversammlung vom 26. Januar 2019, die Nein-Parole zu fassen.

Weiter hat der SVP-Vorstand an seiner Sitzung Emanuel Waeber einstimmig zum neuen SVP-Generalsekretär gewählt.

Die SVP fordert einen Stopp des Ausgabenwachstums

Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. November 2018

Im Rahmen der beginnenden Beratungen in der Finanzkommission des Nationalrates fordert die SVP beim Voranschlag 2019, auf Mehrausgaben von rund 850 Millionen Franken zu verzichten. Sämtliche Departemente sollen einen Beitrag leisten. Die derzeit gute Finanzlage täuscht darüber hinweg, dass die Staatsausgaben schneller wachsen als die Wirtschaft. Auch die Schulden betragen noch immer rund 100 Milliarden Franken.

Die aktuell gute Finanzlage ist auch ein Resultat der von der SVP stets geforderten Ausgabendisziplin. Diese muss weitergeführt werden. Deshalb warnt die SVP eindringlich vor einem weiteren Ausgabenwachstum und hat in der Finanzkommission entsprechende Anträge eingereicht.

UNO-Migrationspakt: Die Selbstbestimmungsinitiative zeigt bereits Wirkung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. November 2018

Der Bundesrat wollte den UNO-Migrationspakt am Parlament vorbeischmuggeln. Die SVP hat sich jedoch von Anfang an gegen eine Unterzeichnung ausgesprochen. Erfreulicherweise fordern nun auch die zuständigen Kommissionen eine Debatte. Für die von Wattenwil-Gespräche vom 9. November hat SVP-Präsident Albert Rösti die Präsidenten von FDP und CVP in einem Brief aufgefordert, dem Bundesrat gemeinsam mit ihm deutlich zu machen, dass die Unterzeichnung dieses Paktes zu sistieren und dem Referendum zu unterstellen ist. Die Bevölkerung muss sich zum Migrationspakt äussern können, denn sie bezahlt die Rechnung für eine ungebremste Migration.

Die SVP fordert einen gleich hohen Abzug für die Eigen- und Fremdbetreuung von Kindern

Auszug aus der Medienmitteilung vom 12. November 2018

Die nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) berät eine Änderung des Gesetzes über die direkte Bundessteuer. Konkret geht es um die steuerliche Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten. Die Gesetzesvorlage sieht bei der Bundessteuer neu pro Kind und Jahr Abzüge von maximal 25'000 Franken vor – allerdings nur für Eltern, die ihre Kinder extern betreuen lassen. In einem in der WAK eingereichten Antrag fordert die SVP den Steuerabzug auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen.

Ja zur Selbstbestimmungsinitiative als Druck gegen den UNO Migrationspakt

Auszug aus der Medienmitteilung vom 12. November 2018

Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP wirkt: Der Bundesrat muss einen Bericht über die wachsende Rolle des sogenannten «Soft law» erstellen.

Agrarpolitik 22+: Weitere Schwächung der produzierenden Landwirtschaft

Auszug aus der Medienmitteilung vom 14. November 2018

Der am 24. September 2017 von 78 Prozent der Stimmbevölkerung formulierte Auftrag an den Bundesrat in Bezug auf die Ernährungssicherheit war glasklar: Stopp der einseitigen Priorisierung der Ökologie in der Landwirtschaft, keine weitere Grenzöffnung, Verbesserung der Rahmenbedingungen und damit Stärkung der inländischen Produktion von gesunden Lebensmitteln.

Die Abschaffung der noch vorhandenen Massnahmen zur Preissicherung wie das Leistungssystem beim Fleisch oder die Marktbeiträge für Kalbfleisch werden die Einkommen der Bauern um ein Mehrfaches dessen schmälern, was der Bund einsparen kann. Deshalb lehnt die SVP dies klar ab.

Die von der SVP ebenfalls geforderte administrative Vereinfachung und bürokratische Entschlackung scheint auf den ersten Blick mangelhaft umgesetzt. Die vom Bundesrat vorgeschlagene einseitige Stärkung der Ökologisierung auf Kosten der produktiven Landwirtschaft treibt die Produktionskosten in der Schweiz weiter in die Höhe. Das widerspricht klar dem Volkswillen zur Ernährungssicherheit.

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Lockerung des bäuerlichen Bodenrechts, damit künftig Genossenschaften, Stiftungen und Quereinsteiger landwirtschaftlichen Boden erwerben können, wird von der SVP abgelehnt.

Positiv bewertet die SVP, dass der Rahmenkredit von 13'915 Millionen Franken für vier Jahre beibehalten wird.

Die SVP wird sich im Rahmen der laufenden Vernehmlassung ausführlich zur Agrarpolitik 22+ äussern. Dabei wird sie insbesondere den Verfassungsauftrag der Stärkung der inländischen Produktion und damit die Existenzsicherung für die Bauernfamilien in der Schweiz vor Augen haben.

Die SVP lehnt das CO2-Gesetz ab – die Zeche zahlen die privaten Haushalte!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. November 2018

In Vorbereitung auf die Wintersession behandelt die SVP-Fraktion die Totalrevision des CO2-Gesetzes. Die SVP lehnt die Gesetzesverschärfung klar ab. Deren Ziel ist es, die Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber dem Stand von 1990 zu halbieren. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen diverse Instrumente in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Industrie verschärft werden. So soll nach dem Willen der Kommissionsmehrheit die maximale CO2-Abgabe auf Heizöl von aktuell 25 Rappen pro Liter auf 52,5 Rappen pro Liter mehr als verdoppelt werden. Zudem sollen die Emissionsgrenzwerte bei Autos und Lastwagen verschärft werden. Auch das Benzin soll um maximal 8 Rappen verteuert werden.

Keine Salamtaktik – die SVP fordert Verhandlungsabbruch

Auszug aus der Medienmitteilung vom 20. November 2018

Es ist wohl kein Zufall, dass nach den hitzigen Diskussionen im Sommer rund um den EU-Rahmenvertrag das Thema im Abstimmungskampf um die Selbstbestimmung von Bundesrat und Medien totgeschwiegen wurde. Und dies obwohl der Rahmenvertrag angeblich unterschriftsreif sein soll.

Für die SVP ist dies nichts anders als Salamtaktik. So wie dies beim Schengen-Dublin-Abkommen der Fall war, in dessen Rahmen die Schweiz nun Verschärfungen des EU-Waffenrechts übernehmen soll. Die SVP ist daher überzeugt, dass es bei allen Übergangsfristen und Ausnahmeregelungen nur eine Frage der Zeit ist, bis beispielsweise die Unionsbürgerrichtlinie mit allen dazugehörigen Rechten auf Sozialhilfe und Niederlassungsfreiheit in der Schweiz Realität würde. Oder bis die flankierenden Massnahmen wegfallen würden.

Die SVP fordert, dass das Volk über den UNO-Migrationspakt entscheidet

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. November 2018

Die SVP ist erfreut über den Entscheid des Bundesrates, nicht an der formellen Verabschiedung des UNO-Migrationspaktes in Marrakesch teilzunehmen. Die SVP begrüsst auch, dass der Bundesrat erst den Ausgang der Parlamentsdebatte abwarten will, bevor er endgültig zum Pakt Stellung nimmt. Diese Kehrtwende wäre ohne den Druck der SVP und der bevorstehenden Abstimmung über die Selbstbestimmungsinitiative nicht zustande gekommen. Allerdings will der Bundesrat den endgültigen Entscheid über den Pakt noch immer in Eigenregie treffen.



Eidg. Volksabstimmungen vom 25. November

Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)»

Die Ablehnung der Hornkuh-Initiative kommt nicht überraschend. Diese wollte, dass mehr Landwirtinnen und Landwirte Kühe und Ziegen mit Hörnern halten. Da die Haltung behornter Tiere mit grösserem Aufwand verbunden sei, soll der Bund diesen Mehraufwand mit einem Beitrag entschädigen. Damit wäre laut den Initiantinnen und Initianten das Tierwohl stärker in den Mittelpunkt gestellt worden.

Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»

Die SVP ist angesichts der massiven, aggressiven und verleumderischen Gegenkampagne nicht überrascht über das klare NEIN zur Selbstbestimmungs-Initiative. Hingegen brachte der Abstimmungskampf eine zu begrüßende und bis heute unterdrückte Debatte über das Verhältnis von Schweizer Recht zum internationalen Recht und die Bedeutung der direkten Demokratie. Die Gegner wichen in der Schlussphase auf die unhaltbare Behauptung aus, in der Schweiz habe sich bezüglich des Vorranges des Schweizer Rechts nichts geändert. Das Volk schenkte damit den Behauptungen der Gegner Vertrauen, dass die Bundesgerichtsentscheide von 2012 und 2015 keine Grundsatzentscheide waren. Es wird sich zeigen, ob dieses Vertrauen gerechtfertigt war. Die SVP wird darüber wachen.

Zweitens lehnt die SVP eine einseitige Unterwerfung unter EU-Institutionen mit dem Ziel einer institutionellen Anbindung der Schweiz an den EU-Apparat mit dynamischer EU-Rechtsübernahme und letztlich der Unterstellung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof ab. Eine dynamische Übernahme von EU-Recht wäre eine weitere massive Aushöhlung unserer direkten Demokratie. Auch das Leisten von sog. Kohäsionszahlungen lehnt die SVP ab.

Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten)

Erfreut nimmt die SVP zur Kenntnis, dass das Schweizer Stimmvolk den linken Helfern des Sozialhilfemissbrauchs mit der deutlichen Annahme der Gesetzgebung für den Einsatz von Versicherungsdetectiven einen klaren Riegel geschoben hat.

Die SVP-Fraktion unterstützt die Bundesratskandidaturen von Karin Keller-Sutter und Heidi Z'graggen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. November 2018

An ihrer Sitzung bekennt sich die SVP-Fraktion zur Konkordanz und dazu, bei der Bundesratswahl vom 5. Dezember nur offiziell von FDP und CVP vorgeschlagene Kandidierende zu unterstützen. Die SVP-Fraktion hat alle offiziellen Kandidatinnen und Kandidaten von FDP und CVP zu einem Hearing eingeladen. Nach intensiver Diskussion spricht sich die SVP-Fraktion mit 38 Stimmen für Ständerätin Karin Keller-Sutter, FDP, und mit 38 Stimmen für Regierungsrätin Heidi Z'graggen, CVP, aus. Ständerat Hans Wicki, FDP, erhält 16 Stimmen und Viola Amherd, CVP, 10 Stimmen.

Dank der SVP wird der UNO-Migrationspakt wenigstens dem Parlament und Volk vorgelegt

Auszug aus der Medienmitteilung vom 29. November 2018

Die SVP ist konsterniert, dass die Mehrheit der CVP-Vertreter sowie die Hälfte der FDP-Vertreter im Ständerat dem Migrationspakt keine endgültige Absage erteilt haben. Immerhin ist es das Verdienst der SVP, dass dieser Pakt nun dem Parlament und – falls die anderen bürgerlichen Parteien Wort halten – auch dem Volk vorgelegt wird.

Der Bundesrat will Flüchtlinge direkt einfliegen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. November 2018

Jetzt, wo die Mittelmeerroute für illegale Migranten endlich geschlossen ist und die Asylzahlen sinken, will der Bundesrat unter der Federführung von Asylministerin Simonetta Sommaruga jährlich tausende Flüchtlinge einfliegen. Damit würde der Bundesrat einen Paradigmenwechsel vollziehen und das Schweizer Asylsystem aushöhlen.

DEZEMBER

Die SVP fordert, dass sich der Bundesrat vom UNO-Flüchtlingspakt distanzier

Auszug aus der Medienmitteilung vom 4. Dezember 2018

Nach Ansicht der SVP-Fraktion beinhaltet der UNO-Flüchtlingspakt wie bereits der UNO-Migrationspakt hoch problematische Punkte. So will dieses weitere Soft-Law-Abkommen den heute gültigen Flüchtlingsbegriff beispielsweise auf Klimaflüchtlinge ausdehnen. Zudem sieht er ein weltweites Umsiedlungsprogramm vor. Für die Schweiz wäre dies ein Paradigmenwechsel, der das bisherige Asylsystem aushöhlen würde. Deshalb und angesichts der hohen Zahl von Wirtschaftsmigranten, lehnt die SVP diese sogenannten Resettlementprogramme klar ab. Deshalb fordert die SVP-Fraktion den Bundesrat auf, sich klar von diesen beiden UNO-Abkommen zu distanzieren.

Der Bundesrat hätte das Verhandlungsergebnis klar ablehnen müssen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. Dezember 2018

Die SVP begrüsst, dass der Bundesrat dem Rahmenabkommen mit der EU nicht zugestimmt hat, ist aber gleichzeitig konsterniert, dass der Bundesrat das Verhandlungsergebnis nicht als ungenügend zurückweist. Angesichts der innenpolitischen Fakten hätte der Bundesrat das vorliegende Verhandlungsergebnis klar ablehnen müssen.

Dank der SVP gibt es einen demokratischen Entscheid zum Migrationspakt

Medienmitteilung vom 11. Dezember 2018

Der Druck der SVP hat gewirkt: Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat klar entschieden, dass das Bundesparlament über den UNO-Migrationspakt befinden soll. Damit muss der Bundesrat beiden Räten den Antrag auf Zustimmung in Form eines Bundesbeschlusses unterbreiten. So besteht die Möglichkeit, dass sich dereinst die Bevölkerung zu diesem für die Schweiz gefährlichen Papier äussern kann.

Angesichts des breiten Widerstands gegen den Migrationspakt ist es jedoch ein Affront gegen Parlament und Bevölkerung, dass der Bundesrat den UNO-Flüchtlingspakt einfach so durchwinkt. Zumal auch dieses Soft-Law-Abkommen hoch problematisch ist. Denn der Flüchtlingspakt will den heute gültigen Flüchtlingsbegriff beispielsweise auf Klimaflüchtlinge ausdehnen und sieht ein weltweites Umsiedlungsprogramm vor. Dies führt zu einem demokratisch nicht legitimierten Paradigmenwechsel und zur Aushöhlung des Schweizer Asylsystems.

Der Bundesrat begründet seine Zustimmung zum Flüchtlingspakt unter anderem damit, dieser diene dem Ziel, eine Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer zu fördern. Dies dürfte allerdings naives Wunschdenken sein: Eritrea, das für die Schweiz wichtigste Herkunftsländ von Asylanten, hat die Unterzeichnung des Flüchtlingspakts abgelehnt.

Der Bundesrat verhindert die Mitsprache der Bevölkerung beim UNO-Migrationspakt

Auszug aus der Medienmitteilung vom 14. Dezember 2018

Der Bundesrat hat entschieden, den UNO-Migrationspakt dem Parlament in Form eines einfachen Bundesbeschlusses vorzulegen. Dies verunmöglicht ein Referendum und damit eine Volksabstimmung über diesen folgenreichen Pakt.



Wintersession 2018 (26. November – 14. Dezember)

Rückblick auf die vergangene Session aus der Sicht von Fraktionspräsident Thomas Aeschi (ZG) und Fraktions-Vizepräsidentin Céline Amaudruz (GE).

Positiv:



Unterzeichnung des UNO-Migrationspakts gestoppt

Der Druck der SVP hat gewirkt: Ständerat und Nationalrat haben klar entschieden, dass das Parlament über den UNO-Migrationspakt befinden soll. Damit darf der Bundesrat die Schweiz nicht durch die Hintertüre zur Förderung der weltweiten Migration verpflichten. Stattdessen muss er nun beiden Räten den Antrag auf Zustimmung in Form eines Bundesbeschlusses unterbreiten. Angesichts des breiten Widerstands gegen den Migrationspakt ist es ein Affront gegen Parlament und Bevölkerung, dass der Bundesrat diesen einfach so durchwinken wollte.

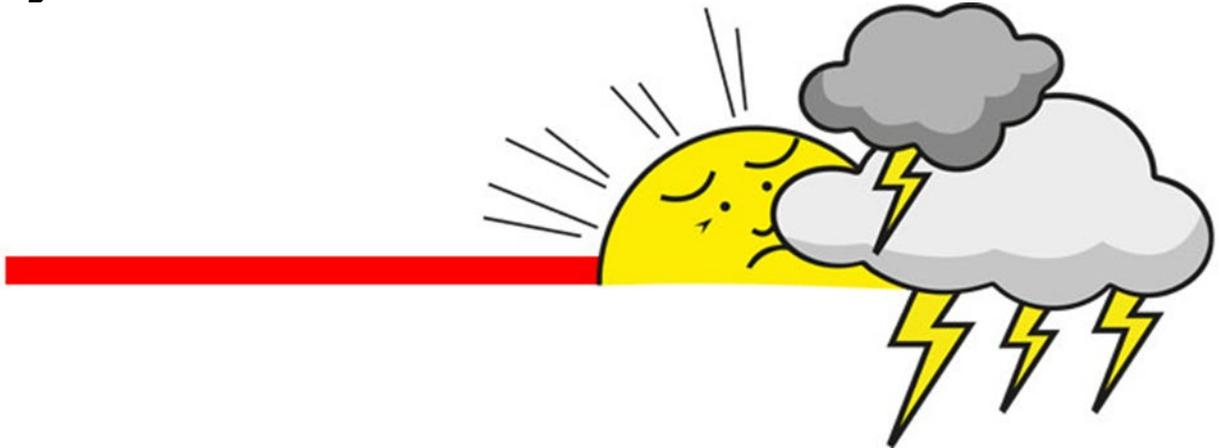
Dank der SVP bleibt Benzin bezahlbar

Der Nationalrat hat die Revision des CO₂-Gesetzes abgelehnt. Die eigentums- und wirtschaftsfeindliche Vorlage hätte zu einer massiven Erhöhung der Abgaben geführt ohne messbare Auswirkungen auf das weltweite Klima. Mitte-Links hatte dabei den Bogen überspannt und eine Benzinpreiserhöhung von bis zu 20 Rappen und eine Heizölpreiserhöhung von über 20 Rappen pro Liter gefordert. Auch Ölheizungen wollte das Gesetz verbieten. Dank dem Engagement der SVP werden Mittelstand, Familien, Ältere, die Bevölkerung in den Randregionen und das Gewerbe nicht zusätzlich belastet.

Bund muss künftig in der Schweiz drucken lassen

Erfolg für einen Vorstoss aus der SVP: Der Bund wird verpflichtet, bei Druckaufträgen künftig Schweizer Unternehmen zu berücksichtigen. Diese schaffen hier Arbeitsplätze und bilden Lehrlinge aus, aber oftmals sind sie bei einem reinen Kostenvergleich teurer als die ausländische Konkurrenz. Nichtsdestotrotz soll der Bund die Steuergelder primär in der Schweiz ausgeben und damit die hiesige Wirtschaft unterstützen. Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat diese Motion angenommen.

Negativ:



Bundesgericht darf weiter in die Souveränität der Kantone eingreifen

Der Nationalrat erlaubt dem Bundesgericht, den Kantonen bei ihren Wahlsystemen immer neue Auflagen zu machen. Einzelne Kantone mussten deswegen bereits ihre Wahlkreise oder die Sitzverteilung für die Wahl der Kantonsparlamente anpassen. Das ist ein krasser Eingriff in die Souveränität der Kantone. Der Nationalrat hat in der Schlussabstimmung zwei Standesinitiativen verworfen, die wollten, dass die Kantone wieder frei bestimmen können, mit welchem Wahlsystem sie ihre Kantonsparlamentarier wählen.

Mitte-Links will Volk nicht über Kohäsionsmilliarde abstimmen lassen

Der Ständerat hat die sogenannte EU-Kohäsionsmilliarde bewilligt, ohne dass dagegen ein Referendum ergriffen werden kann. 1'302 Millionen Franken soll die Schweiz während 10 Jahren in Projekte in Ost- und Südeuropa investieren, ohne etwas im Gegenzug zu erhalten. Das Volk würde der Kohäsionsmilliarde wohl nie zustimmen, weshalb es erst gar nicht gefragt werden soll. Die SVP wird nun im Nationalrat weiterkämpfen, dass die Sache dem Volk vorlegt werden kann.

CVP kippt griffiges Heimreiseverbot für Flüchtlinge

Im Herbst noch konnte die SVP jubeln, dass die Reise von Flüchtlingen in ihre Heimat endlich Konsequenzen haben wird. Denn wer freiwillig in sein Heimatland reist, wird dort nicht wirklich verfolgt, sondern missbraucht die Gutmütigkeit der Schweiz. Darum wollte der Nationalrat, dass diese Reisen automatisch zur Aberkennung des Flüchtlingsstatus führen. Doch auf Druck des Ständerats ist die CVP im Nationalrat wieder eingeknickt und lässt damit eine Hintertür offen.

Weitere Einschränkung der Meinungsfreiheit

Gegen den Widerstand der SVP hat das Parlament einer Ausweitung der Antirassismus-Strafnorm auf die «sexuelle Orientierung» zugestimmt. Dabei geht es um angebliche Diskriminierungen wegen Hetero-, Homo- und Bisexualität, obwohl das geltende Recht bereits ausreichend schützt vor Hasstaten und Beleidigungen. Absehbar ist nun eine Zunahme von – in der Regel unbegründeten und ideologischen – Klagen, wie wir sie bereits mit der Antirassismus-Strafnorm kennengelernt haben: Die Gesetzesänderung dient darum in erster Linie der weiteren Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Mehr Bürokratie für die Wirtschaft

Unternehmen ab 100 Beschäftigten müssen künftig die Löhne von Männern und Frauen analysieren. Die beschlossenen Massnahmen sind auf zwölf Jahre befristet. Die SVP hat das ganze Geschäft von Anfang an abgelehnt, weil sie sich zu einem liberalen Arbeitsmarkt bekennt. Alter, Ausbildung, Tätigkeit, Arbeitsqualität und Arbeitsleistung der jeweiligen Mitarbeitenden eines Unternehmens sind höchst unterschiedlich und zwar bei beiden Geschlechtern. Der Staat soll sich aus der Lohnpolitik der Privatwirtschaft heraushalten. Leider fand die SVP im bürgerlichen Lager zu wenig Unterstützung für eine Verhinderung der Vorlage. Es blieb nur Schadenbegrenzung.

E-Voting ist unsicher und teuer – die SVP fordert deshalb einen Marschhalt Medienmitteilung vom 19. Dezember 2018

E-Voting ist unnötig, teuer, bindet grosse Ressourcen in den Verwaltungen und gefährdet das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Resultate unserer Wahlen und Abstimmungen. Deshalb hat die SVP in der Wintersession eine Parlamentarische Initiative eingereicht, die von Parlamentariern sämtlicher Bundesratsparteien sowie von Vertretern der Grünen und der EVP mitunterzeichnet wurde. Darin fordert die SVP einen Marschhalt beim E-Voting. E-Voting-Projekte sind so lange einzustellen, bis der Bundesrat in einem Bericht nachweist, dass die bestehenden Sicherheitsprobleme gelöst sind, und dass E-Voting tatsächlich einem Bedürfnis entspricht.

2. VORSTÖSSE AUS DER SVP-FRAKTION

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion sind im Berichtsjahr 265 Fragen für die Fragestunde, 168 Interpellationen, 100 Motionen, 26 Parlamentarische Initiativen, 35 Anfragen und 13 Postulate eingereicht worden.

Die SVP-Fraktion hat im Berichtsjahr 8 Motionen, 10 Interpellationen, 1 Parlamentarische Initiativen und 1 Anfragen eingereicht.

Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Curia Vista, [Geschäftsdatenbank](#)) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

2.1 Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2018 hat die SVP folgende **Positionspapiere und Argumentarien** veröffentlicht:

- Positionspapier der SVP zum Schweizer Werkplatz: Wirtschaftsfreiheit statt Regulierungsflut
- Abstimmungs-Argumentarium für die Abstimmung vom 25. November zur Selbstbestimmungsinitiative: Ja zur Selbstbestimmung – Ja zur direkten Demokratie

Die Positionspapiere sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>[Positionspapiere](#)) abrufbar.

2.2 Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2018 hat die SVP an **79 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur Überwachung von Versicherten (Observation): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
- Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung
- Änderung der Verordnung über die Anlagestiftung (ASV)
- Anpassung des Vertriebsanteils nach Artikel 38 der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV)
- Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1)
- Teilrevision der Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV)
- Änderung der Asylverordnung 2 und der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern; Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz und Abgeltung der Kantone für die Kosten von unbegleiteten Minderjährigen im Asyl- und Flüchtlingsbereich
- 16.414 Pa.Iv. Graber Konrad. Teilflexibilisierung des Arbeitsgesetzes und Erhalt bewährter Arbeitszeitmodelle; 16.423 Pa.Iv. Keller-Sutter. Ausnahme von der Arbeitszeiterfassung für leitende Angestellte und Fachspezialisten.

- Indirekter Gegenvorschlag zur Fair-Price-Initiative
- Änderung der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG)
- Obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung
- Teilrevision der Energieförderungsverordnung, der Energieverordnung und der Verordnung des UVEK über den Herkunftsnachweis und die Stromkennzeichnung
- Änderung der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz (ArGV 2) — Sonderbestimmungen für Arbeitnehmer mit Aufgaben der Informations- und Kommunikationstechnik (Art. 32a ArGV 2)
- Änderung der Grundbuchverordnung
- Änderung der Verordnung des EDI über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Kostenneutralität und Pflegebedarfsermittlung)
- Änderung des Betäubungsmittelgesetzes und Verordnung über Pilotversuche nach dem Betäubungsmittelgesetz (Pilotversuche mit Cannabis)
- Entwurf eines Bundesgesetzes über das Gesichtsverhüllungsverbot (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»)
- Neues Bundesgesetz über elektronische Medien (BGeM)
- 15.486 Pa.Iv. Amstutz. Feldschiessen und historische Schiessen auch nach 2020 ermöglichen.
- Stabilisierung der AHV (AHV 21)
- 14.422 n Pa.Iv. Aeschi Thomas. Einführung des Verordnungsvetos
- Änderung des Zivildienstgesetzes
- Strategie Stromnetze: Verordnungsrevisionen
- Revision Konzeptteil des Sachplans Verkehr, Teil Infrastruktur der Luftfahrt (SIL)
- Änderung des Zivilgesetzbuches (ZGB): Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister
- Änderung der Bankenverordnung (FinTech-Bewilligung)
- Änderung des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung
- Planungsbeschluss zur Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums
- 09.528 Parlamentarische Initiative. Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus
- Änderung der Postverordnung – Neue Erreichbarkeitsvorgaben
- Verordnungspaket Umwelt Frühling 2019
- Änderung des Tierseuchengesetzes
- Revision Gebührenverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (GebV SchKG)
- 12.402 Pa.Iv. Eder. Die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission und ihre Aufgabe als Gutachterin
- Totalrevision der Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten (Risikoaktivitätenverordnung)

- Wirksamkeitsbericht 2016-2019 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen unter Einschluss von Vorschlägen zur Anpassung des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG)
- Zweiter Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten
- Änderung der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG)
- Entwurf zu Verordnungen zum Geldspielgesetz
- Revision der Zivilstandsverordnung (ZStV) und der Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen (ZStGV)
- Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG). Länger dauernde Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen
- Revision des Heilmittelgesetzes und des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse
- Vernehmlassung Änderung der Zivilprozessordnung (Verbesserung der Praxistauglichkeit und der Rechtsdurchsetzung)
- Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht)
- Änderung der Eigenmittelverordnung (Gone-concern-Kapital, Beteiligungsabzug und weitere Anpassungen)
- Verordnung zum Bundesgesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall (V-NISSG)
- Übernahme und Umsetzung der Rechtsgrundlagen zur Errichtung und Nutzung des Einreise-/Ausreisensystems (EES) (Verordnungen [EU] 2017/2226 und [EU] 2017/2225) (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)
- 13.478 Parlamentarische Initiative. Einführung einer Adoptionsentschädigung
- Totalrevision der Arzneimittel-Bewilligungsverordnung (AMBV)
- Verordnung zur Änderung von Verordnungen des Schweizerischen Heilmittelinstituts im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Medicrime-Konvention
- Ausführungsverordnungen zur Übernahme der Verordnung (EU) 2016/1624 über die Europäische Grenz- und Küstenwache; sowie weitere Verordnungsanpassungen im Migrationsbereich
- Vorlage zum Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2020–2023 für den Betrieb und den Unterhalt sowie den Ausbau im Sinne von Anpassungen, zu den grösseren Vorhaben im Nationalstrassennetz sowie zum Ausbausritt 2019 für die Nationalstrassen mit dem dazugehörenden Verpflichtungskredit.
- Bundesbeschluss über die Verpflichtungskredite ab 2019 für die Beiträge an Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr
- Regelung für transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament (15.438 Pa.Iv. Berberat)
- Umsetzung der Empfehlungen des Global Forum über die Transparenz juristischer Personen und den Informationsaustausch im Bericht zur Phase 2 der Schweiz
- Landwirtschaftliches Verordnungspaket 2018
- Änderung der technischen Anforderungen und der Zulassungsprüfung von Strassenfahrzeugen und Einführung eines neuen Fahrtschreibers

- 16.456 Pa.Iv. SPK-SR. Kündigung und Änderung von Staatsverträgen. Verteilung der Zuständigkeiten
- Teilrevisionen der Kernenergieverordnung, der Kernenergiehaftpflichtverordnung, der Ausserbetriebnahmeverordnung sowie der Gefährdungsannahmenverordnung
- Konzession für die SRG SSR
- Multilaterales Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Massnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung und Änderungsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich
- Revision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG)
- Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
- Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe
- Beiträge des Bundes an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele «Sion 2026»
- Änderung des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse: Meldeverfahren
- Änderung der Strafprozessordnung (Umsetzung der Motion 14.3383, Kommission für Rechtsfragen des Ständerates, Anpassung der Strafprozessordnung)
- Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit und Totalrevision der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (13.030 Integrationsvorlage)
- Bundesgesetz über Tabakprodukte (TabPG)
- Genehmigung des Rahmenübereinkommens des Europarats über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft. Genehmigung des Übereinkommens der UNESCO über den Schutz des Unterwasser-Kulturerbes und zu seiner Umsetzung.
- Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (Ausbildungszulagen ab Ausbildungsbeginn, Familienzulagen für arbeitslose alleinstehende Mütter und Finanzhilfen an Familienorganisationen)
- Etappe 2 des Sachplans geologische Tiefenlager
- Genehmigung des Übereinkommens des Europarats gegen den Handel mit menschlichen Organen (Organhandelskonvention) und seine Umsetzung (Änderung des Transplantationsgesetzes)
- Überführung der Verordnung über die Ausfuhr und Vermittlung von Gütern zur Internet- und Mobilfunküberwachung ins Güterkontrollgesetz
- Änderung der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV)
- Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong
- Ausbauschnitt der Bahninfrastruktur 2030/35
- Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie

Die einzelnen Vernehmlassungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>[Vernehmlassungen](#)) abrufbar.

2.3 Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen, Extrablatt

2018 hat die SVP Schweiz insgesamt 88 **Pressecommuniqués** veröffentlicht. Es sind 40 Editorials zu einem aktuellen Thema publiziert worden. Die Parteizeitschrift „**Klartext**“ und die französische Version „**Franc-parler**“ sind 10-mal erschienen. Die Auflage hat Ende 2018 gegen **55'000 Exemplare in Deutsch** und **5'500 in Französisch** tendiert.

Im Jahr 2018 hat die SVP **4 Medienkonferenzen** durchgeführt:

- | | |
|------------------------|---|
| 16. Januar 2018 | Start der Unterschriftensammlung für die Begrenzungs-Initiative |
| 30. Januar 2018 | Die Gewerkschaften sind die wahren Gewinner der Personenfreizügigkeit! Mit der Begrenzungsinitiative setzt sich die SVP für einen liberalen Arbeitsmarkt ein! |
| 31. August 2018 | SVP und Auns reichen die Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung ein |
| 2. Oktober 2018 | Wer bestimmt künftig in unserem Land? |

Darüber hinaus hat die SVP im Jahr 2018 **ein Extrablatt** unter dem Titel «Zuwanderung begrenzen» an alle Schweizer Haushalte herausgegeben.

Details zu den einzelnen Medienkonferenzen und Medienmitteilungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>[Publikationen](#)) abrufbar

2.4 Internet

Bis zum 31.12.2018 wurden 357'691 Besuche (1'045'958 Seitenaufrufe) auf <https://www.svp.ch>, 82'826 Besuche (223'266 Seitenaufrufe) auf <https://www.udc.ch> und 6'976 Besuche (21'449 Seitenaufrufe) auf <https://it.udc.ch> registriert. Das sind durchschnittlich pro Tag 980 Besuche auf www.svp.ch, 227 auf www.udc.ch und 19 auf it.udc.ch.

2018 produzierte die SVP 44 Internet-TV-Beiträge in deutscher Sprache und 12 in französischer Sprache. Die Internet-TV-Beiträge verzeichnen insgesamt 1.2 Mio. Aufrufe deutsch und 6109 Aufrufe Französisch. Der YouTube-Kanal hat 2276 Abonnenten deutsch und 86 Abonnenten Französisch.

Die SVP betreibt die Facebook-Seiten «SVP Schweiz», «UDC Suisse» und weitere spezifische Kampagnen-Seiten. Über diese Kanäle kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und mobilisiert Mitglieder und Sympathisanten. Am 31.12.2018 zählte die Seite «SVP Schweiz» 23'202 Unterstützer. Die französischsprachige Facebook-Seite «UDC Suisse» zählte 7'701. An diversen Spitzentagen hat die SVP mit diesen Seiten zwischen 20'000 und 190'000 Personen erreicht und über den gesamten Zeitraum 840'630 Video-Aufrufe generiert.

3. PARTEIORGANE

3.1 Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus rund 840 Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2018 haben 5 Delegiertenversammlungen stattgefunden:

Delegiertenversammlung, Samstag, 27. Januar 2018, in Confignon (GE)
„JA zu freien Medien, JA zu No-Billag!“

Delegiertenversammlung, Samstag 24. März 2018, in Klosters (GR)
„Aufdecken, Anpacken und Ausmisten, damit die Schweiz Schweiz bleibt!“

Delegiertenversammlung, Samstag 23. Juni 2018, in Les Bugnenets (Le Pâquier NE)
„Missbräuche bekämpfen, damit dem Mittelstand mehr zum Leben bleibt“

Delegiertenversammlung, Samstag 25. August 2018, in Unterägeri (ZG)
„JA zur Schweizer Demokratie – JA zur Selbstbestimmung“

Delegiertenversammlung, Samstag 27. Oktober 2018, in Volketswil (ZH)
„Freiheit und Sicherheit verteidigen“

Weitere Details zu den einzelnen Delegiertenversammlungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Publikationen>[Delegiertenversammlungen](#)) abrufbar.

3.2 Parteivorstand

Der Parteivorstand (PV) setzt sich aus 128 Mitgliedern zusammen.

Vertreter **von Amtes wegen** gemäss Statuten Art. 18 Ziff 1 Abs. 1. und 2.:

(Stand: 31.12.2018)

Von Amtes wegen: Mitglieder der Parteileitung	
Parteipräsident	Nationalrat Albert Röstli (BE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)
Vizepräsident	Nationalrat Marco Chiesa (TI)
Mitglied	Nationalrat Adrian Amstutz (BE)
Mitglied	Nationalrat Marcel Dettling (SZ)
Mitglied	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Mitglied	Nationalrätin Sandra Sollberger (BL)
Die Vertreter der SVP im Bundesrat	Bundesrat Ueli Maurer (ZH)
	Bundesrat Guy Parmelin (VD)
Der Fraktionspräsident	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)
Der Generalsekretär	Emanuel Waeber (FR)
Die Vertreter der 6 absolut stärksten Kantonalparteien	Konrad Langhart (ZH)
	Nationalrat Werner Salzman (BE)
	Nationalrat Thomas Burgherr (AG)
	Walter Gartmann (SG)
	Angela Lüthold (LU)
	Nationalrat Jacques Nicolet (VD)
Präsident der JSVP Schweiz	Benjamin Fischer (ZH)
Präsidentin der SVP International	Inge Schütz (BE)
Wahl durch den Parteivorstand:	
Je ein Vertreter der französischsprachigen, italienischsprachigen sowie der romanischsprachigen Schweiz	Didier Spies (JU)
	Piero Marchesi (TI)
	Reto Rauch (GR)
Der Verantwortliche Sicherheitspolitik	Nationalrat David Zuberbühler (AR)
Der Verantwortliche Europapolitik	Nationalrat Roger Köppel (ZH)
Der Verantwortliche Migrations- und Asylpolitik	Nationalrat Andreas Glarner (AG)
Die Verantwortliche Wirtschaftspolitik	Nationalrätin Magdalena Martullo (ZH)
Der Verantwortliche Finanz- und Steuerpolitik	Nationalrat Franz Grüter (LU)
Die Verantwortliche Familien- und Gesellschaftspolitik	Nationalrätin Nadja Pieren (BE)

Präsidenten der Kantonalparteien:	
AG	Nationalrat Thomas Burgherr
AI	Martin Ebnetter
AR	Anick Volger
BE	Nationalrat Werner Salzmänn
BL	Oskar Kämpfer
BS	Lorenz Nägelin
FR	Christophe Blaumann
GE	Nationalrätin Céline Amaudruz
GL	Kaspar Krieg
GR	Nationalrat Heinz Brand
JU	Thomas Stettler
LU	Angela Lüthold
NE	Walter Willener
NW	Christoph Keller
OW	Monika Rüeegg
SG	Walter Gartmann
SH	Walter Hotz
SO	Nationalrat Christian Imark
SZ	Roland Lutz
TG	Ruedi Zbinden
TI	Piero Marchesi
UR	Pascal Blöchlinger
VD	Nationalrat Jacques Nicolet
VS (UVS)	Cyrille Fauchère
VS (OVS)	Nationalrat Franz Ruppen
ZG	Nationalrat Thomas Aeschi
ZH	Konrad Langhart
JSVP	Benjamin Fischer
SVP International	Inge Schütz

Weitere, von den Kantonalparteien delegierte Mitglieder:	
AG	Roger Fricker Pascal Furer Michelle Rütli Nationalrat Luzi Stamm Martin Keller
AI	Alfred Langenegger

AR	Michael Vierbauch
BE	Andrea Gschwend-Pieren Jolanda Brunner Aliko M. Panayides Samuel Krähenbühl Petra Wyss Miriam Gurtner Helena Morgenthaler
BL	Nationalrat Thomas de Courten Dominik Straumann
BS	Andreas Ungricht
FR	Liliane Marchon Jean-Luc Rimaz
GE	Philippe Queffelec Eric Bertinat
GL	Urs Kessler
GR	Jan Koch Mario Cortesi
JU	Marc Stettler
LU	Räto B. Camenisch Vroni Thalman Oliver Imfeld
NE	Anne-Marie Ridout
NW	Peter Wyss Regierungsrat Res Schmid
OW	Christoph von Rotz
SG	Nationalrat Roland Rino Büchel Esther Friedli Werner Heule Paul Scheiwiller
SH	Daniel Preisig Mariano Fioretti
SO	Christine Rütli Hans Rudolf Lutz
SZ	Nationalrat Pirmin Schwander Bernhard Diethelm
TG	Marcel Schenker Margrit Streckeisen
TI	Lara Filippini Roberta Soldati
UR	Paul Dubacher
VD	Nationalrat Michaël Buffat Thierry Dubois Werner Riesen
VS (UVS)	Ilan Garcia Nationalrat Jean-Luc Addor
VS (OVS)	Fredy Ursprung Sandro Fux

ZG	Philip C. Brunner Karl Nussbaumer
ZH	Martin Haab Roger Liebi Elisabeth Pflugshaupt Nationalrat Gregor A. Rutz Jürg Trachsel Roland Scheck Nationalrat Hans-Ueli Vogt
JSVP	Oliver Straub (TG) Andreas Gerber (BE)
SVP International	Roman Rauper (SG)

Vertreter **durch Wahl** gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2:
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

Frei gewählte Mitglieder:	
AG	Nationalrätin Sylvia Flückiger
BE	a. NR Thomas Fuchs
FR	Nationalrat Jean-François Rime
GR	Valérie Favre Accola
NW	Michèle Blöchliger Nationalrat Peter Keller
OW	alt Nationalrat Christoph von Rotz
TG	Nationalrätin Verena Herzog-Schläpfer
TI	Eros Mellini
VD	Gérald Nicod
VS	alt Regierungsrat Oskar Freysinger
ZH	alt Nationalrat Christoph Mörgeli alt Nationalrat Ulrich Schlüer Nationalrat Hans Egloff alt Bundesrat Christoph Blocher

3.3 Parteileitung

Die Parteileitung (PL) setzt sich aus 28 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Die PL führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet die PL auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2018)

Von Amtes wegen:	
Parteipräsident	Nationalrat Albert Rösti (BE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)
Vizepräsident	Nationalrat Marco Chiesa (TI)
Mitglied	Nationalrat Adrian Amstutz (BE)
Mitglied	Nationalrat Marcel Dettling (SZ)
Mitglied	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Mitglied	Nationalrätin Sandra Sollberger (BL)
Die Vertreter der SVP im Bundesrat	Bundesrat Ueli Maurer (ZH) Bundesrat Guy Parmelin (VD)
Der Fraktionspräsident	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)
Der Generalsekretär	Emanuel Waeber
Die Vertreter der 6 absolut stärksten Kantonalparteien	Konrad Langhart (ZH)
	Nationalrat Werner Salzmann (BE)
	Nationalrat Thomas Burgherr (AG)
	Walter Gartmann (SG)
	Angela Lüthold (LU)
	Nationalrat Jacques Nicolet (VD)
Präsident der JSVP Schweiz	Benjamin Fischer (ZH)
Präsidentin der SVP International	Inge Schütz (BE)

Wahl durch den Parteivorstand:

Je ein Vertreter der französischsprachigen, italienischsprachigen sowie der romanischsprachigen Schweiz	Didier Spies (JU)
	Piero Marchesi (TI)
	Reto Rauch (GR)
Der Verantwortliche Sicherheitspolitik	Nationalrat David Zuberbühler (AR)
Der Verantwortliche Europapolitik	Nationalrat Roger Köppel (ZH)
Der Verantwortliche Migrations- und Asylpolitik	Nationalrat Andreas Glarner (AG)
Die Verantwortliche Wirtschaftspolitik	Nationalrätin Magdalena Martullo (ZH)
Der Verantwortliche Finanz- und Steuerpolitik	Nationalrat Franz Grüter (LU)
Die Verantwortliche Familien- und Gesellschaftspolitik	Nationalrätin Nadja Pieren (BE)

3.4 Parteileitungsausschuss

Die Parteileitungsausschuss setzt sich aus 9 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2018)

Funktion	Name
Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Albert Rösti (BE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)
Vizepräsident	Nationalrat Marco Chiesa (TI)
Mitglied	Nationalrat Adrian Amstutz (BE)
Mitglied	Nationalrat Marcel Dettling
Mitglied	Nationalrätin Sandra Sollberger
Mitglied	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Fraktionspräsident (v. A. w.)	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)

3.5 Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2018)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Emanuel Waeber, St. Antoni (FR)
Stv. Generalsekretärin	Silvia Bär, Wiler (BE)
Fraktionssekretär	Andreas Ott, Stettlen (BE)
Verantwortliche Deutschschweizer Kantone	Trudi Mösching, Uetendorf (BE)
Verantwortlicher Suisse romande und Svizzera italiana	Vakant
Verantwortliche für die Kommunikation	Andrea Sommer, Solothurn (SO)
Kommunikation	Benjamin Schmid, Lyss (BE)
Kommunikation	Patrice Piquerez, Aigle (VD)
Kommunikation	Ivo Scholz, Islikon (TG)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Fraktionssekretär	Andreas Ott, Steinen (SZ)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Roman Jäggi, Fuluibach (SO)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Henri Bernhard, Tägertschi (BE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Raphael Vogel, Köniz (BE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Fritz Kälin, Bern (BE)
Sekretariat/Fraktionsassistentin	Jeannette Saurer, Hünibach (BE)
Sekretariat/Personal/Innere Dienste	Sonja Zumbrunnen, Trimstein (BE)
Assistentin des Parteipräsidenten	Prisca Weber, Uetendorf (BE)

3.6 Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbstständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesrat:

- **Ueli Maurer**, Vorsteher EFD, Hinwil (ZH); gewählt am 10.12.2008; im Amt seit 1.1.2009
- **Guy Parmelin**, Vorsteher VBS, Bursins (VD); gewählt am 9.12.2015, im Amt seit 1.1.2016

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei:

Mit 68 Nationalräten (64 SVP, 2 Lega, 1 MCG, 1 parteilos) und 6 Ständeräten (5 SVP, 1 parteilos) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2018)

AG	Burgherr Thomas, Wiliberg Flückiger Sylvia, Schöftland Giezendanner Ulrich, Rothrist Glärner Andreas, Oberwil-Lieli Knecht Hansjörg, Leibstadt Reimann Maximilian, Gipf-Oberfrick Stamm Luzi, Baden
AR	Zuberbühler David, Herisau
BE	Aebi Andreas, Alchenstorf Amstutz Adrian, Sigriswil Bühler Manfred, Cortébert Geissbühler Andrea, Bärswil Hess Erich, Bern Pieren Nadja, Burgdorf Rösti Albert, Uetendorf Salzmann Werner, Mülchi von Siebenthal Erich, Gstaad
BL	De Courten Thomas, Rünenberg Sollberger Sandra, Bubendorf
BS	Frehner Sebastian, Basel
FR	Page Pierre-André, Châtonnaye Rime Jean-François, Bulle
GE	Amaudruz Céline, Genf Nidegger Yves, Genf
GR	Brand Heinz, Klosters Martullo-Blocher Magdalena, Meilen
LU	Estermann Yvette, Kriens Grüter Franz, Eich Müri Felix, Emmenbrücke
NW	Keller Peter, Hergiswil
SG	Brunner Toni, Ebnet-Kappel Büchel Roland, Oberriet

	Keller-Inhelder Barbara, Jona Müller Thomas, Rorschach Reimann Lukas, Wil
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen
SO	Imark Christian, Fehren Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Dettling Marcel, Oberiberg Schwander Pirmin, Lachen
TG	Gutjahr Diana, Amriswil Hausammann Markus, Langrickenbach Herzog Verena, Frauenfeld
TI	Chiesa Marco, Lugano (Ruvigliana)
UR	Arnold Beat, Schattdorf
VD	Buffat Michaël, Vuarrens Glauser Alice, Champvent Grin Jean-Pierre, Pomy Nicolet Jaques, Lignerolle
VS	Addor Jean-Luc, Savièse Ruppen Franz, Naters
ZG	Aeschi Thomas, Baar
ZH	Egloff Hans, Aesch Heer Alfred, Zürich Köppel Roger, Küsnacht Matter Thomas, Zürich Rickli Natalie, Winterthur Rutz Gregor, Zürich Stahl Jürg, Brütten Steinemann Barbara, Watt Tuena Mauro, Zürich Vogt Hans-Ueli, Zürich Walliser Bruno, Volketswil Zanetti Claudio, Gossau

Legha dei Ticinesi:

TI	Pantani Roberta, Chiasso Quadri Lorenzo, Lugano
----	--

Mouvement Citoyens Genevois:

GE	Golay Roger, Grand-Lancy
----	--------------------------

Parteilos:

NE	Clottu Raymond, La Brévine
----	----------------------------

Ständeräte (Stand: 31.12.2017)

GL	Hösli Werner, Haslen
----	----------------------

SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Föhn Peter, Muotathal Kuprecht Alex, Pfäffikon
TG	Eberle Roland, Weinfeldern

Parteilos:

SH	Minder Thomas, Neuhausen am Rheinflall
----	--

4. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN 2018

Volksabstimmung vom 4. März	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» (Abschaffung der Billag-Gebühren)	Ja	Nein	Nein	Nein	28.4	71.6	0	20 6/2	Nein
Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021	Ja	Ja	Ja	Ja	84.1	15.9	20 6/2	0-	Ja

Volksabstimmung vom 10. Juni	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS)	Stimmfreigabe	Nein	Ja	Ja	72.9	27.1	-	-	Ja
Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»	Nein	Nein	Nein	Nein	24.3	75.7	0	20 6/2	Nein

Volksabstimmung vom 23. September	SVP	FDP	CVP	SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Ständ e Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»	Nein	Nein	Nein	Ja	31.6	68.4	4	16 6/2	Nein
Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»	Nein	Nein	Nein	Ja	38.7	61.3	4	16 6/2	Nein
Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege [Velo-Initiative]»)	Nein	Ja	Ja	Ja	73.6	26.4	20 6/2	0	Ja

Volksabstimmung vom 25. November	SVP	FDP	CVP	SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Ständ e Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)»	Nein	Nein	Nein	Ja	45.3	54.7	4 2/2	16 4/2	Nein
Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»	Ja	Nein	Nein	Nein	33.8	66.2	0	20 6/2	Nein
Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten)	Ja	Ja	Ja	Nein	64.7	35.3	-	-	Ja

5. DIE SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

Stand am Wahltag. Wahlen berücksichtigt bis 31.12.2018

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2016	31.9%	45	140
AI	Jährlich / 2015	*	*	50
AR	2015	16.3%	12	65
BE	2018	26.8%	46	160
BL	2015	26.7%	28	90
BS	2016	14.3%	15	100
FR	2016	19.7%	21	110
GE	2018	7.3%	8	100
GL	2018	25.3%	15	60
GR	2018	*	9	120
JU	2015	8.5%	8	60
LU	2015	24.1%	29	120
NE	2017	11.5%	9	115
NW	2018	25.9%	15	60
OW	2018	24.5%	15	55
SH	2016	35.1%	21	60
SO	2017	19.7%	18	100
SG	2016	29.5%	40	120
SZ	2016	33.1%	33	100
TG	2016	32.6%	44	130
TI	2015	(Mischliste)	3	90
UR	2016	24.1%	15	64
VD	2017	15.8%	25	150
VS	2017	16.4%	23	130
ZG	2018	22.4%	18	80
ZH	2015	30.0%	54	180

*keine Angaben, da Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

6. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

Kanton	Website	E-Mail Adresse
SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svp-ag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	info@svp-ai.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-bl.ch	info@svp-bl.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.udc-fr.ch	info@udc-fr.ch
GE	www.udc-ge.ch	secretariat@udc-ge.ch
GL	www.svp-gl.ch	praesident@svp-gl.ch
GR	www.svp-gr.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-ju.ch	secretaire@udc-ju.ch
LU	www.svp-lu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-sg.ch	sekretariat@svp-sg.ch
SO	www.svp-so.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.svp-sz.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ti.ch	info@udc-ti.ch
UR	www.svpuri.ch	sekretariat@svpuri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	internet@udc-valais.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch